

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantw. für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. P. K. L. & Co., Magdeburg, Große Mühlenstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse für Inserate Nr. 2266, für die Redaktion Nr. 2287, für den Verlag und die Druckerei Nr. 2265. Postzeitungssatz 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 1. bis 14. Februar 1.00 Mark, Abholer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile brüchig 20 Pfennig, auswärts 3 Pfennig, Familienanzeigen und Stellengebote 12 1/2 Pfennig, Vereinstatender 30 Pfennig, die dreigespaltene 90 Millimeter breite Reklamazeile brüchig 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorarbeiten keine Gewähr. — Postkontonr. 122 Magdeburg.

Nr. 31. Magdeburg, Freitag den 6. Februar 1925. 36. Jahrgang.

Der „Sieger von Magdeburg“.

Er siegt noch einmal.

Aus Berlin wird uns berichtet: Als erstes gerichtliches Nachspiel der an dem Magdeburger Urteil zahlreich geübten Kritik spielte sich am Mittwoch vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte in Moabit der Prozeß ab gegen den Berliner Landgerichtsdirektor Wilhelm Kroner wegen Beleidigung der im Magdeburger Reichspräsidentenprozeß tätigen Richter, des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Beyerndorff und des Beisitzers Landgerichtsrats Schulte. Auf den Zuhörerbänken sah man fast alle dienstfreien Landgerichtsdirektoren und Staatsanwälte der drei Landgerichte sowie zahlreiche sonstige Richter und Mitglieder der Staatsanwaltschaft.

Neben dem Angeklagten Landgerichtsdirektor Kroner, der jetzt Vorsitzender einer Zivilkammer ist, während er früher die Jugendstrafkammer leitete, hatten seine Anwälte, Rechtsanwalt Landsberg, M. d. R., und Rechtsanwalt Dr. Roth Platz genommen, auf der Gegenseite sah man Landgerichtsdirektor Beyerndorff und Landgerichtsrat Schulte aus Magdeburg mit ihren Rechtsbeiständen. Auf dem Platz des Anklagevertreters sah man den Generalstaatsanwalt Lindow. Vorsitzender des Gerichts ist Amtsgerichtsrat Hilsdorf.

Gleich zu Beginn der Verhandlung stellte Rechtsanwalt Landsberg den Antrag auf Vertagung, bis die zweite Instanz, das Reichsgericht, sich geäußert habe.

Der Vorsitzende des Erweiterten Schöffengerichts, Landgerichtsdirektor Beyerndorff, war unvorsichtig genug, zu einem Zeitpunkt, wo er nichts als die Anklageschrift, den Artikel Kroners, und dessen Erklärung kannte, in Privatgesprächen Neußerungen zu tun, die ihn entschlossen zeigten, Kroner für mehrere Monate seiner Freiheit zu berauben. Es war dem Angeklagten nicht zuzumuten, einen Mann als Richter über sich anzuerkennen, der vor der Hauptverhandlung sich bereits ein Urteil gebildet hatte, zu dem er doch erst nach Durchführung der Verhandlung berufen ist. Die sofort zusammenberufene Strafkammer I des Berliner Landgerichts I erklärte die Ablehnung für unbegründet. Zwar konnte Beyerndorff seine zur Kenntnis Kroners gelangten Neußerungen nicht bestreiten. Aber nach seiner und der damit übereinstimmenden Ansicht der Strafkammer waren sie belanglos.

Der Magdeburger Landgerichtsdirektor Beyerndorff, der Vorsitzende im Prozeß Rothardt, scheint davon überzeugt zu sein, daß seine Prozeßleitung und sein Urteil allen Anforderungen entsprechen, die man billigerweise an einen Richter zu stellen berechtigt ist. Die Verteidiger Kroners bemühten sich, diese gute Meinung zu erschüttern. Sie stellten unter Beweis, daß Beyerndorff in seinem früheren Wirkungskreise Kottbus als die erste politische Aufgabe der Gegenwart bezeichnet habe, „den Sattlergesellen da oben“ baldmöglichst von seinem Posten verschwinden zu lassen und durch Lubendorff zu ersetzen, und daß er ferner nach dem Urteil sich von seinen Kottbuser Gesinnungsgenossen

als den „Sieger von Magdeburg“

beglückwünschen und feiern lassen. Die Verteidigung folgte aus diesen Vorgängen, daß Beyerndorff an der Findung des Urteils in einer Sache nicht hätte mitwirken dürfen, in der der Angeklagte auf die Erreichung des Herrn Beyerndorff so sympatrischen Zieles der Entfernung des Reichspräsidenten von seinem Amte hinarbeitete.

Beyerndorff bewies ein bedauerndwert schlechtes Gedächtnis, indem er zu dem ersten Punkt als Nebenkläger erklärte, mangels näherer Angaben könne er sich über die Behauptung der Verteidigung nicht äußern; zu dem zweiten Punkte gebe er überhaupt keine Erklärung ab. Das Gericht entsandte ihm die Heiligkeit einer eidlichen Zeugenvernehmung, indem es den Beweisanspruch der Verteidigung ablehnte.

Nun waren alle Hindernisse, die der für sein Recht kämpfende Angeklagte seiner Verurteilung entgegenstellte, beseitigt, und der für die Ehre und das Ansehen der Republik und der deutschen Justiz eintretende republikanische Richter konnte unter dem Vorwurf eines monarchistischen Richters wegen Beleidigung zweier seiner monarchistischen Kollegen zu einer Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt werden. Kroner konnte aber den Gerichtssaal erhobenen Hauptes verlassen. Das Urteil bedeutet eine ehrenvolle Wunde, die er im Kampfe für hohe Ideale erlitten hat.

Verhandlungsbericht.

Um 9 1/2 Uhr eröffnete Amtsgerichtsrat Hilsdorf die Sitzung. Nach vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung hat der Verteidiger Kroner, Rechtsanwalt Landsberg, um das Wort zu einem Antrag, den der Vorsitzende, wie der Anwalt betonte, schon vorher abgelehnt habe, den die Verteidigung aber erneut stellen müsse. Der Antrag lautete auf Vertagung der Verhandlung gegen Kroner bis nach Abschluß des Magdeburger Prozesses in zweiter Instanz.

Landgerichtsdirektor Kroner, so erklärte Landsberg, denkt nicht daran, sich dem Urteil zu entziehen. Als er seinen Artikel schrieb, wußte er, was ihm bevorstand. Diese Tatsache schließt aus, daß wir mit unserem Antrag Verschleppungsabsichten verfolgen. Aber unserer Ansicht nach kann das Gericht eine sachgemäße Entscheidung nur dann fällen, wenn ihm die Akten des Prozesses gegen Rothardt und das Urteil der ersten Instanz vorliegen. Kroner hat in seinem Artikel scharfe Ausdrücke gebraucht. Was geschieht aber nun, wenn in der zweiten Instanz, wie ich hoffe, mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht wird, daß das Urteil der ersten Instanz juristisch verfehlt und unlogisch war und

daß es ungeheuren Schaden angerichtet hat?

Ist das der Fall, dann wäre das für die Abkündungen der Verschleppungen Kroners von größter Bedeutung, und deshalb stellen wir den Antrag auf Vertagung bis zum Abschluß des Magdeburger Prozesses in zweiter Instanz, der bereits am 17. Februar beginnt und noch vor Ende des Monats beendet sein dürfte.

Generalstaatsanwalt Lindow erklärte hierzu, daß das Gericht über diesen Antrag erst dann entscheiden könne, wenn vorher formell in die Verhandlung eingetreten sei. Als der Generalstaatsanwalt von seinem Standpunkt nicht abging, stellte dann Rechtsanwalt Landsberg einen weiteren Antrag, der sich nunmehr gegen den Richter richtete. Hilsdorf, der Vorsitzende, erklärte, daß er bereits vor der eigentlichen Verhandlung mit seinem Urteil fertig gewesen sei.

Hierauf wurde die Verhandlung zunächst auf ungefähr eine Stunde vertagt, da die Entscheidung über diesen Ablehnungsantrag wegen Befangenheit der Strafkammer aussteht.

Die Strafkammer lehnt den Antrag ab.

Hierauf trat sofort die erste Strafkammer zusammen, die nach einer fast zweieinhalbstündigen Verhandlung und Beratung zu dem Ergebnis kam, daß dem Antrag des Angeklagten, den Vorsitzenden wegen Befangenheit abzulehnen, nicht stattzugeben werden könne, da die Befürchtungen des Beklagten unbegründet seien. Dann wurde die Verhandlung formell eröffnet und der Beklagte, Landgerichtsdirektor Kroner, äußerte sich zur Sache: „Von einigen Kritikern ist mein Aufsatz in der „Vossischen Zeitung“ lediglich als eine Schimpfkampagne gegen das Magdeburger Urteil bezeichnet worden. So liegen die Dinge jedoch nicht. Ich habe mich zunächst juristisch sehr ausführlich mit dem Vorfallbegriff beim Landesverrat befaßt und habe dann erst das Urteil kritisiert. Ich erkläre zunächst, daß ich auch heute zu allen meinen Neußerungen stehe.“

Darauf wurde vom Gericht der inkriminierte Artikel vorgelesen, der in Nr. 610 der „Vossischen Zeitung“ vom 24. Dezember vorigen Jahres erschienen ist.

Dr. Kroner äußerte sich hierauf zu den einzelnen inkriminierten Neußerungen seines Artikels. Was den Vorwurf einer jammervollen und schamlosen Konfession betreffe, so habe das Urteil von Magdeburg den ersten Beamten des Reiches aufs schwerste beleidigt durch die sogenannte tatsächliche Feststellung, daß er juristischer Landesverrat begangen habe. „Bestände dieses Urteils zu Recht“, so erklärte Landgerichtsdirektor Kroner, so muß jeden ehrlichen Deutschen das Gefühl brennender Scham, Trauer und Empörung überkommen, wenn es möglich sein soll, daß zwei deutsche Parlamente mit erdrückender Mehrheit einen Mann an die Spitze des Reiches bringen, dem mit Recht

das schimpflichste Verbrechen,

das ein Deutscher als solcher begehen kann, vorgeworfen werden kann. Nach meiner Auffassung besteht aber dieses Urteil von Magdeburg nicht zu Recht. Das Magdeburger Gericht hat sich dadurch, daß es den ersten Beamten des Reiches diesem Mafel in frivoler Weise ausgeliefert hat, über das Gefühl der Scham hinweggesetzt, also schamlos gehandelt. Wenn ich in diesem Zusammenhang ferner von „feig“ und „beräuschlich“ gesprochen habe, so erinnere ich daran, daß im alten Staat sich wohl kein Gericht gefunden hätte, den damaligen Träger der Würde des Landesverrats zu beschuldigen, weil hinter ihm eine reale Macht stand. Jeder Richter hätte sich sofort fügen müssen: am nächsten Tage bist du suspendiert und wirst mit Schimpf und Schande abgesetzt. Heute aber, wo hinter dem Träger der Würde Deutschlands keine reale Macht, sondern nur die moralische Macht einer großen edeln Persönlichkeit steht,

da ist mit einem Male der Mut vorhanden.

Da sagt man mit einem Male: Deine Absicht ist interessiert und nicht, dein Vorfall war Landesverrat. Das ist feig und verächtlich. Im übrigen habe ich die Persönlichkeiten der Magdeburger Richter nicht gekannt, kenne sie auch heute nicht. Ich habe ihnen auch nicht den Vorwurf der persönlichen Feindschaft machen wollen. Für mich sind das eben die Vertreter eines Systems und leider Gottes die Vertreter des Gros der heutigen preussischen und deutschen Richterschaft. (Bewegung im Saal.) Wenn ich von „tückisch“ gesprochen habe, so meine ich damit, daß es die Pflicht des Richters gewesen wäre, über eine mögliche Veränderung der rechtlichen Gesichtspunkte vorher mit

dem Vertreter des Nebenklägers zu sprechen, nicht aber damit zum Schluß der Verhandlung wie mit einem Blitz aus heiterm Himmel zu kommen. Vielleicht wäre dieses Unglück für die deutsche Justiz vermieden worden, wenn man auf die mögliche Trennung von Vorfall und Absicht vorher aufmerksam gemacht hätte. Mit dem Ausdruck „rücklings infamierend“ meinte ich die Infamierung Eberts als früherem Abgeordneten und Parteiführer. Von den Richtern des Freistaats wird doch immer Lattgefühl verlangt, Rücksichtnahme auf das Beamtenverhältnis. Sie wären also verpflichtet, mit zu prüfen, ob es notwendig war, vom Standpunkte des Magdeburger Gerichts solche tatsächlichen Feststellungen zu treffen.

In diesem Zusammenhang verwies Landgerichtsdirektor Kroner auf den Fall des Lübecker Großkaufmanns Rossehl, der vom Reichsgericht während des Krieges von der Anklage des Landesverrats freigesprochen wurde, eine Anklage, die er sich zugezogen hatte, weil er seinen russischen Fabriken bei Kriegsausbruch befohlen hatte,

Guseien für die russische Kavallerie herzustellen,

um auf diese Weise seine großen Unternehmungen für Deutschland zu retten und sie vor der Beschlagnahme durch die Russen zu bewahren. Weiter erklärte der Angeklagte: Die republikanischen Richter haben doch den Eid auf die Verfassung geschworen, sie haben geschworen, die Grundlagen der Verfassung, also auch das Ansehen des obersten Beamten zu schützen. Statt dessen hat man ihn in Magdeburg in Verzug gebracht, und deshalb behaupte ich, daß sich die Richter damit selbst in Verzug gebracht haben. Ich erkenne an, daß meine Worte rauh waren, daß sie Verbalinjurie enthalten. Ueber die Beweggründe, die mich zu diesem Artikel veranlaßt haben, möchte ich mich erst im Schlußwort äußern.

Rechtsanwalt Landsberg machte dann darauf aufmerksam, daß das Gericht nach nicht über seinen Vertagungsantrag entschieden habe. Er betonte nochmals, daß offensichtlich das Magdeburger Urteil in zweiter Instanz ihm von der Notwendigkeit befreit würde, Kritik an dem ersten Urteil zu üben.

Generalstaatsanwalt Lindow erklärte demgegenüber, er sehe keine Notwendigkeit, die Verhandlung zweiter Instanz abzuwarten, ebensowenig wie er es nicht für notwendig halte, das Urteil erster Instanz hier zu verlesen. Für die Frage der Beleidigung und die Frage des Strafmaßes erheime das unerheblich.

Rechtsanwalt Vogt (Magdeburg): Wir haben eine Kritik des Magdeburger Urteils in keiner Weise zu fürchten. Der Antrag wurde wiederum abgelehnt. Das Gericht beschloß ferner, die Gründe des Magdeburger Urteils nicht zur Verlesung zu bringen, da sie für den vorliegenden Fall unerheblich seien.

M. d. R. Landsberg: Durch die Presse und durch die Anträge des demokratischen Abgeordneten Riedel ist bekannt geworden, Herr Landgerichtsdirektor Beyerndorff habe nach zur Zeit seiner Richterstätigkeit in Kottbus erklärt, der einig mögliche Reichspräsident sei Lubendorff, und der Sattlergeselle Ebert müsse so bald wie möglich verschwinden. Ich bitte, Herrn Beyerndorff über diese Angelegenheit hier als Zeugen zu hören. Weiter ist uns bekannt geworden, daß Herr Beyerndorff nach dem Urteil in Magdeburg sich

als den Sieger von Magdeburg

hat feiern lassen, daß er Glückwünsche entgegengenommen hat und daß er es nicht für notwendig befunden hat, diese Glückwünsche zu seinem Urteil zurückzuweisen.

Vorf.: Es ist Ihnen doch wohl bekannt, Herr Rechtsanwalt, daß Herr Landgerichtsdirektor Beyerndorff dienlich dem Justizministerium erklärt hat, er könne sich auf eine Bemerkung, wie sie ihm von dem Abgeordneten Riedel vorgelesen wurde, nicht entsinnen.

M. d. R. Landsberg: Man weiß, wie solche Dinge den Behörden gegenüber gehandhabt werden. Ich ziehe deshalb auf eidliche Vernehmung des Herrn Beyerndorff hin.

Generalstaatsanwalt Lindow: Das alles geht ins Uferlose. Wichtig für das Gericht ist doch lediglich die Meinung, die Herr Kroner hatte, als er den Artikel schrieb. Landgerichtsdirektor Beyerndorff: Ich lege Wert darauf, hier öffentlich zu der Infrage Riedel Stellung zu nehmen. Was, was darüber in der Presse verbreitet ist, trifft nicht zu. Man hat den ersten Satz meiner Antwort in dem Justizministerium weggelassen. Ich habe folgendes erklärt: „Mangels näherer Angaben über Zeit, Ort und Veranlassung kann ich mich nicht entsinnen und so weiter.“ Das ist etwas ganz anderes, als mir immer vorgehalten wird. Im übrigen hat in dem Prozeß gegen Rothardt Rechtsanwalt Landsberg nach der Vernehmung des „Leichenwäcker“ mir tatsächlich den Vorwurf mangelnder Objektivität gemacht. Ein solcher Vorwurf war unerhört und ist auch als unerhört dem Schöffengericht und mir gegenüber von vielen Richtern beigegeben worden.

M. d. R. Landsberg: Ob dieser Vorwurf unerhört war, darüber haben Sie, Herr Nebenkläger, nicht zu entscheiden. Ich will an dieser Stelle auch nicht näher erörtern, ob die Art, wie Sie den Prozeß gegen Rothardt geführt haben, unerhört war, obgleich ich den nötigen Anlaß dazu hätte. Ich habe mich lediglich vor der Anwaltskammer zu verantworten. Wenn Sie glauben, daß ich die Grenzen überschritten habe, dann tun Sie gegen mich doch die nötigen Schritte. Im übrigen besitze ich nun noch mehr auf der Vernehmung des Landgerichtsdirektors Beyerndorff. Gätte ich einmal eine derartige Neußerung getan:

Der Sattlergeselle da oben muß verschwinden,

dann würde ich mich auch ohne nähere Angaben darauf besinnen. Landgerichtsdirektor Kroner: Ich möchte nur noch betonen, daß das Maß des Ehrenschutzes, auf das ein Richter Anspruch hat, natürlich davon abhängt, ob es sich um einen unantastbaren Richter oder um einen handelt, gegen den mit Recht Angriffe erhoben werden.

Nach kurzer Beratung lehnte das Gericht die gestellten Beweisanträge als unerheblich ab, worauf Generalstaatsanwalt Lindemann das Wort zu seinem Plädoyer ergrieff. Er beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark oder 50 Tage Gefängnis.

Der Vertreter des Nebenklägers, Stahlhelm Rechtsanwalt Schaper (Magdeburg), forderte gar Gefängnisstrafe! Als Verteidiger des Angeklagten sprach N. A. Otto Landsherg kurz die Widerprüche des Magdeburger Urteils und fuhr dann fort: Wenn durch das Magdeburger Urteil der Ehre des deutschen Namens im Ausland Abtrag geschehen ist, so ist das die Schuld des Magdeburger Gerichts, das Deutschland draußen in der Welt als den Gegenpart eines Rechtsstaates erscheinen ließ. Der Angeklagte hat unter dem frischen Eindruck des Urteils geschrieben, der objektiv sicher beleidigend ist. Aber es fragt sich doch, ob ihm nicht § 193 zur Seite stand. Der Generalstaatsanwalt hat dem Angeklagten das Recht der Kritik ohne weiteres verweigert. Die Vorstellung, die den Angeklagten zu seiner Sündhaftigkeit veranlaßte, war die, daß das höchste Gut des Volkes angetastet war. In diesem Falle, in dem die höchsten Ideale des Volkes auf dem Spiele standen, hatte der Angeklagte das Recht, in dem Urteil

eine Herausforderung der Republik

zu erblicken, der sein Herz nun einmal gehört. Jeder Schriftsteller und Künstler muß sich eine Kritik an seinem Werke gefallen lassen und dem Kritiker nicht das Recht des § 193 zur Seite. Dadurch will ich nicht gesagt haben, daß das Urteil des Magdeburger Schöffengerichts etwa eine wissenschaftliche oder künstlerische Arbeit gewesen ist. (Heiterkeit im ganzen Saale.) Jeder Bürger muß das Recht haben, Kritik zu üben an der Rechtsprechung, schon aus dem Grunde, weil das Volk ja immer mehr zur Rechtsprechung herangezogen wird. In einem demokratischen Staate muß der Bürger auch das Recht haben, an der Justiz tadelnde Kritik zu üben. Das Gericht hat hier zu prüfen, ob die Beleidigungen in dem Artikel lediglich formaler Natur sind, oder ob der ganze Inhalt beleidigend ist. Der Angeklagte hatte den Eindruck, daß das Magdeburger Urteil von Parteipolitik getragen war, daß die Richter eine bestimmt gefärbte Beileidigkeit hatten und daß sie sich mit dem neuen System nicht befreunden konnten. Die Magdeburger Richter haben es nicht verstanden, daß einem Menschen um so höhere Anerkennung zu zollen ist,

wenn er aus der Tiefe in die höchsten Höhen steigt,

als wenn dies einem Manne gelingt, der durch Geburt und Erziehung besondere Chancen besitzt. Der Angeklagte hat sich mit hohem Mut auch heute wieder zu seinen Worten bekant. Der Angeklagte wußte, daß man ihm nach dieser Stellungnahme ins Gefängnis zu bringen versuchen werde, daß wie das Urteil auch immer aussehe, seine Ehre vernichtet sei. Wie ich wohl magte er es, in den Abgrund zu springen, der ihn verschlingen mußte.

Landgerichtsdirektor Kroner jagte im Schlußwort: Es ist richtig, daß bei der Niederschrift des Artikels mir die Personen der Magdeburger Richter und meine eigene Person ganz nebensächlich waren. Ich habe mich nur als das Justizministerium gefühlt. Ich habe es als meine Aufgabe betrachtet, für die höchsten Belange von Volk und Vaterland und besonders auch des Richtertums einzutreten. Deshalb glaube ich, auch für mich meine Freisprechung beantragen zu dürfen.

Das Urteil.

Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende folgendes Urteil: Was die angeführten Äußerungen des Landgerichtsdirektors Bemerkung in Kontext anbetreffend, so mögen sie wahr oder falsch sein. In der Urteilsfindung in der vorliegenden Sache können sie überhaupt nicht in Betracht kommen. Gegen den Landgerichtsrat Schulz lag nach dieser Richtung überhaupt nichts vor. Das Gericht hat ausführlich die Motive geprüft, die den Angeklagten zu seiner Handlung veranlaßten. So hat das Gericht angenommen, daß der Angeklagte im Affekt gehandelt hat, hingesehen von politischer Leidenschaft, und es hat ihn deshalb zu einer Geldstrafe von 3000 Mark oder je 1 Tag Haft für je 60 Mark verurteilt. Den Nebenklägern wird die Genehmigung der Veröffentlichung des Urteils in der „Völkischen Zeitung, der „Deutschen Richterzeitung“ und der „Magdeburger Zeitung“ erteilt.

Der falsche Angeklagte.

Wenn Landgerichtsdirektor Kroner den gegen den Reichspräsidenten in dem Magdeburger Urteil erhobenen Vorwurf des Landesberrats als eine „jammervolle, schamlose, feige, verächtliche Konklusion gegenüber dem Träger der Würde Deutschlands“ bezeichnet, so ist damit noch nicht gesagt, daß diese Worte sich un-

mittelbar auch gegen die Person der Richter wenden, die dieses Urteil gefällt haben. Lediglich die Schlussfolgerung als solche, der Angriff gegen die Persönlichkeit des Reichspräsidenten wird mit aller Schärfe zurückgewiesen. Die Person der Richter wurde in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erwähnt. Wenn der deutsche Philosoph Schopenhauer einmal von „ruchlosem Optimismus“ spricht, so sagt er damit doch noch nicht, daß alle Optimisten ruchlos sind; lediglich eine Geistesrichtung als solche soll mit aller Schärfe bekämpft werden. Ähnlich ist auch der Aufsatz von Kroner aufzufassen.

Es lag daher meines Erachtens kein Anlaß vor, im öffentlichen Interesse Anklage gegen diesen hochverdienten Mann zu erheben. Gewiß läßt sich nicht leugnen, daß Kroners Artikel außerordentlich scharf ist. Er sagt, daß Richter eines Freistaats, die ein solches Urteil fällen, sich selbst infamieren, und darin liegt allerdings ein scharfer Angriff gegen die Magdeburger Richter. Daß aber Kroner hierbei die Absicht der Beleidigung gehabt hätte, erscheint ausgeschlossen, vielmehr hält sich dieser Angriff durchaus innerhalb der wissenschaftlichen Ausführungen jenes Urteils. Wenn Kroner glaubte, so scharfe Worte wählen zu sollen, so offensichtlich nur deshalb, weil er die Empfindung hatte, daß hier die Ehre des höchsten Repräsentanten des Deutschen Reiches und daher das Ansehen des Deutschen Reiches selbst, auf dem Spiele stehe. Unter diesen Umständen glaubte er, daß gegenüber einem beispiellosen Angriff auf den Repräsentanten des Deutschen Reiches auch eine möglichst scharfe Abwehr erfolgen müsse, und darum geht es meiner Ueberzeugung nach fehl, wenn man gegen Kroner heute ein derartiges Strafverfahren entsefelt.

Wie rechtlich denkende Männer über das Urteil der Magdeburger Richter denken, beweisen die Ausführungen eines der höchsten preussischen Richter, des Senatspräsidenten beim Kammergericht Dr. Großmann, in der Morgenausgabe des „Berliner Tageblattes“ vom 18. Januar 1925. Dort heißt es:

Es ist tief bedauerlich, daß in der Fülle dieser Klagen die große Sachvereinigung des Preussischen Richtervereins fehlt, der die beiden an dem Magdeburger Urteil beteiligten Richter angehört. Denn gerade wir preussischen Richter müssen es mit brennender Scham empfinden, daß zwei Kollegen aus unsern Reihen an diesem unerträglichen Spruch mitgewirkt haben. Waren die beiden Richter oder war einer von ihnen anderer Ansicht, als sie in den Urteilsgründen zum Ausdruck gekommen ist, so war es nicht nur um seinen Willen, sondern auch um des Richtertums willen sein Recht und seine Pflicht, deutlich zu erklären, daß er der unverantwortlichen Begründung weder zugestimmt habe noch zustimme; denn es gibt höhere Interessen als das Verurteilungsinteresse, und ein solches höheres Interesse ist in besonderer Fülle auch die zitierte Verantwortlichkeit seit des Richters (Rechtsgericht, Entscheidungen in Zivilsachen, Band 89, Seite 17). Waren sie aber oder war einer von ihnen wirklich so grenzenlos besangen, daß er Friedrich Ebert für fähig hielt, einen Landesberrat begangen zu haben, und das deutsche Volk für fähig, ihn dennoch zum Reichspräsidenten zu wählen und als solcher Jahre hindurch zu dulden, so ist es schwer zu verstehen, wie sie es dann mit ihrem eigenen Gewissen zu vereinigen vermochten, Semine eines solchen Landes zu bleiben, das Geschäft einer solchen Republik weiter zu betreiben und aus dem das deutsche Volk herabstehenden Grundzüge ihrer geistigen Einstellung, der ihnen nicht verborgen bleiben konnte, nicht einmal den einfachsten und natürlichsten Schluß zu ziehen, sich in einem Verfahren, in dem es um die Ehre dieses Volkes ging, selbst für besangen zu erklären. Ehrenpflicht der preussischen Richter aber war und ist es, weil von diesem Magdeburger Urteil und von den beiden an ihm beteiligten Kollegen abzurufen, statt das Urteil gegen berechtigte Kritik in Schutz zu nehmen. Auf die Schritte, die aus der für den fernstehenden Jänner begründeten entgegengekehrten Haltung des Preussischen Richtervereins zu ziehen sind, wird bei anderer Gelegenheit zurückzukommen sein. Hier sei nur noch abschließend gesagt, daß das Ehrenschick des deutschen Reichspräsidenten rein geblieben ist, daß aber leider nicht dasselbe gilt vom Ehrenschick deutscher Justiz.

In demselben Sinne hat Geheimrat Seiner, der Vorsitzende der Berliner Anwaltskammer, erklärt, daß er „dem Urteile des Magdeburger Gerichts und seiner gestellten Begründung nicht nur verständnislos, sondern tief beschämt gegenüberstehe“, und der berühmte Nationalökonom Lujo Brentano schreibt:

Das Magdeburger Urteil hat mich gleich hunderttausenden rechtlich denkender mit Entrüstung und tiefem Schmerz über die Verblendung vieler Deutscher erfüllt.

Führende deutsche Rechtsgelehrte wie Anschütz, Graf zu Dohna, Rahl, Blume, Mendelssohn, Bartholdy haben das Urteil in einer gemeinsamen Erklärung als „unverständlich“ bezeichnet.

Es läßt sich nicht verkennen, daß alle diese Meinungen sachlich gleichfalls schwere Vorwürfe enthalten. Denn es bedeutet allerdings einen schweren Vorwurf gegen ein Gericht, wenn von ihm die ersten Männer der Wissenschaft behaupten, daß es in einer Sache, die die Ehre und das Ansehen des Deutschen Reiches betrifft, ein absolut unverständliches Urteil gefällt habe.

Unter diesen Umständen halte ich es daher auch nicht für gerechtfertigt, wenn man den Artikel des Landgerichtsdirektors Kroner herausgriff und ihn zum Anlaß eines Offizialverfahrens macht. Mag dieser Artikel in der Zukunft auch nicht immer glücklich sein, sachlich belagt er doch nicht andres als das, was von anderer Seite, und zwar von den glanzendsten Männern der deutschen Wissenschaft mit aller Nachdruck zum Ausdruck gebracht worden ist.

Hätte sich der Vorfall nicht in republikanischer, sondern in wilhelminischer Zeit in Deutschland ereignet, hätte etwa damals ein deutscher Richter in einer Urteilsprache gewagt, einen Vorwurf gegen Wilhelm II. zu erheben, weil dieser Staatsgeheimnisse in leichtfertiger Weise seinen Verwandten in London oder Petersburg preisgegeben hätte, so hätte man einen solchen Richter nicht nur binnen einer Woche vom Amte suspendiert, sondern man hätte ihn außerdem wegen Majestätsbeleidigung vor den Strafrichter gezogen. Daß man aber in heutiger Deutschland nicht gegen den Richter vorgeht, der den Repräsentanten des Deutschen Reiches ohne Spur einer juristischen haltbaren Begründung des Hofrats zeitigt, sondern gegen den Kollegen, der sich hiergegen in einer, wenn auch vielleicht überhöflichen, Kritik wendet, ist charakteristisch für die Schwäche des Staatsgedankens in unserer Republik. Rechtsanwalt Dr. Ernst Emil Zweigler.

Völkisch-kommunistische Einheitsfront.

Als am Mittwoch nachmittags die Abgeordneten zum Reichstag gingen, wo die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt wurde, bot sich ihnen vor den Türen des Hauses ein erschütternder Anblick: Hunderte von ausgemergelten und verkrüppelten Arbeitsinvaliden füllten die breite Straße, um den Volksvertretern zu zeigen, wie furchtbar die Not der Opfer der Arbeit ist und wie dringend sie nach Abhilfe rufen.

Im Sitzungssaal gab es zunächst einige Stunden ruhig angeführter Reden, bis der sozialdemokratische Abgeordnete Ditzmann dem allzu vorsichtig um die peinlichen Fragen des Nachmittages und der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens herumtredenden Arbeitsminister auf den Leib rückte, und gleichzeitig mit dem reaktionären Großindustriellen Klönne abredete:

Da vereinigten sich ein Dutzend Kommunisten: Zwischenrufer in ihrem Saß gegen die freien Gewerkschaften mit den Reaktionen auf der Rechten. Das übliche Bild: die völkisch-kommunistische Einheitsfront war herzustellen. Die Kommunisten erbrachten wieder einmal den Vo-

Kleines Feuilleton.

Goethe und Charlotte von Stein.

Die rein menschliche Persönlichkeit berühmter Männer wird von der Nachwelt mit besonders lebhafter Teilnahme begierig betrachtet. Im Mittelpunkt solcher Betrachtung steht immer wieder das Verhältnis dieser Männer zu den Frauen. In ihren Beziehungen zu den Frauen kommt das Menschentum großer Männer am reinsten und deutlichsten zum Ausdruck, und diese Beziehungen bieten auch wegen der Mannigfaltigkeit der Darstellung die sie für den Charakter großer Männer zulassen, den reichsten Stoff für die Legendenbildung. Im nächsten Spiegel sind die Beziehungen zu den Frauen im Leben und Werk großer Künstler, und hier wiederum immer wie überhaupt bei jeder Wechselwirkung zwischen Persönlichkeit und Schaffen Goethes eine hervorragende Stellung ein.

Frauen haben in großer Zahl und Verschiedenartigkeit den Lebensweg Goethes begleitet und sein Schaffen beeinflusst. Keine unter ihnen aber hat für unsern größten Dichter eine so hohe Bedeutung erlangt wie Charlotte von Stein. Von seiner Heirat nach Weimar in der Mitte der siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts an bis zu seiner etwa ein Dutzend Jahre später angeordneten italienischen Reise, nach der sein Lebensverhältnis mit Christiane Vulpius, seiner zweiten Frau, begann, blieb Goethe völlig im Hause Charlottes von Stein. Diese Jahre stellen die reifen und ausschlaggebendsten für seine menschliche und künstlerische Entwicklung dar. Zwar haben seine wichtigsten in dieser Zeit herangezogenen Werke erst später ihre endgültige Fassung gefunden, aber ihnen allen, vor allem der „Fidalgos“ und dem „Faust“, ist das Erlebnis von Goethes Lebensabend mit Charlotte von Stein unvergessen. Daneben hat die Fülle schöpferischer Arbeit aus diesen Jahren, stehen die besten Liebesbriefe unter Charlotens Feder.

Das Charakterbild Charlottes von Stein und die Art ihrer Beziehungen zu Goethe sind von der literaturgeschichtlichen Betrachtung weitgehend unberührt geblieben. Die schillernde, heilige und wenig schillernde Form ihres Verhaltens zu Goethe und seiner Rückkehr aus Italien und seiner Verbindung mit Christiane hat vielen Schriftstellern zum Anlaß gedient, Charlotte für eine Frau zu erklären, die Goethes unwürdig gewesen und von ihm überhöht worden ist. In dieser vorurteillichen, ungenügenden Beurteilung offenbart sich jedoch lebhaft gegenüber der rein geistigen Beziehung zwischen Goethe und Charlotte von Stein, die erhabene Charakterstärke der Charlotte von Stein unter dem Namen Christiane Vulpius, die sich in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Weimar als eine der größten Frauen des Jahrhunderts erwies, die erhabene Charakterstärke der Charlotte von Stein unter dem Namen Christiane Vulpius, die sich in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Weimar als eine der größten Frauen des Jahrhunderts erwies.

zeichnen. Dieser geistliche Versuch einer Rechtfertigung liegt uns vor in der Schrift mit dem bezeichnenden Titel „Das Paradoxium der Charlotte von Stein“ von Ida Vogt-Ed. (G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger in Stuttgart und Berlin).

Charlotte von Stein — das darf nicht vergessen werden — ist zehn Jahre älter als Goethe gewesen. Von Natur kühl, unheimlich beherrscht und maßvoll, in engen gesellschaftlichen Kreisen und festem Joch gebunden, in einer vernünftigen Leidenschaftslosigkeit dabinne, von häuslichen und mütterlichen Sorgen bedrängt, tritt sie dem jungen Frauenschicksal Goethes als reife Dame der Aristokratie entgegen. Ihre begabte Natur und frische Wärme in Verbindung mit ihrer hohen geistigen und gesellschaftlichen Kultur und Goethes Feuerseele bilden die gegenseitigen Anziehungspunkte und führen über eine jahrelange Seelenverwandtschaft jenseitig naturgemäß zu einer durch mannigfache dichterische und briefliche Zeugnisse Goethes bezeugten tiefen Hingabe der beiden Menschen aneinander. Dazu kommt nach Jahren höchsten Liebesglücks jäh die Abkehr Goethes von Charlotte und seine Keigung für ein ungebildetes, im lediglichen sinnlich reizendes Mädchen. Garne Charlotte diesen Trennung mit Gleichmuth ertragen, so wäre sie nicht der Mensch und besonders nicht das Weib gewesen, das Goethe gerade in ihr berechtigt hat.

Charlotte bei Goethe ist — ganzes Leben gesehen — für ihn die reife, wenn auch unheimlich bedeutungsvolle, Erziehungsgewalt gewesen. Als er den Liebesbund löste, dem er doch selbst eine öffentliche Legitimierung, also einen dauernden Bestand, gewünscht hatte, gab er ihr in jeder Hinsicht vorzügliches Zeugnis und wenig tollwoll zu verstehen, daß sie alt geworden, während er jung geblieben sei. Charlotte mußte sich die Verachtung und Weggeworfenheit in ihrem Verstande selbständig geistlich fühlen. Sie hatte allen Grund zu gereizter Empörung, und die nervenzerstörende Last der Nachsehens, die nun über ihren ohnehin schon schwer gebeugten Körper hereinbrach, ließ den Ueberdruß ihres Joches begreiflich erscheinen.

Goethe selbst hat in seinem Schuldgefühl und im Gefühl seiner ewigen menschlichen Verantwortung mit Charlotte über das geistliche Band zwischen ihnen erneuert. So finden wir die beiden in den Jahrzehnten ihres Greisenalters wieder in der beglückenden Harmonie unangenehmer Zusammengehörigkeit. Und die Nachwelt mag Charlottes von Stein in dankbarer Liebe als der Frau gedenken, von der Goethes umfangreiches Menschentum und Künstlerium seine höchste Höherentwicklung erfahren hat.

Dr. Wilhelm Volze.

Zentraltheater. Die Inszenierung im Schauspielhaus Berlin ist wohl nur den als Regisseur wirkenden Hans Wilhelm

zu entlasten, Herrn Oscar Neruda übertragen, der die Partien im Berliner Großen Schauspielhaus bereits gesungen hat. Die Gast ist eine sehr vorteilhafte Bühnenercheinung, leicht zu gemandt und ungezwungen und hat sich dem Ensemble mit der Routine eines sicheren Darstellers angepasst. Sein Instrument Organ hat heldenmütigen Klang und übertrifft das Schöne der vermeintlich durchgängige Fichte des Orchesters. Mit dieser Mitbestimmung hat das Zentraltheater einen guten Griff getan, den es mit der Entsetzung der Arzenei-Partie durch Frau Schöngalla. Die junge Künstlerin ist schon früher von uns günstig beurteilt worden. Sie führte ihre Partie mit Geist und Grazie durch und gab der Partie der hochfahrenden Artistin eine angenehmere Färbung. Das gut besetzte Haus wendet den Darstellern der größeren Partien viel Beifall.

Die „Journalisten“ als Plagiat. Schon zu Lebzeiten des Dichters wurde die Behauptung aufgestellt, Brentano habe sich „Journalisten“ einem 1806 im Druck erschienenen gleichnamigen Lustspiel des heute längst vergessenen Schriftstellers Johann Stephan Schütz nachgeschrieben. Die Berechtigung dieses Vorwurfs prüft nun Heinrich Glucksmann in einer Abhandlung des „Nachbuchs Deutscher Bibliophilen“ nach und findet allerdings Uebereinstimmungen, die wie ein wunderliches Naturprodukt zu muten. Das Wesentliche ist die Gleichartigkeit eines Teiles der Handlung. Auch bei Schütz will Major von Rosenborn, der Aufjäger für die Zeitung „Der Strickbeutel“ schreibt, in der Verlobung seiner Tochter Minna mit von Wilded, dem Redakteur der Zeitung „Der Haarbeutel“, durchaus nicht einwilligen, weil er diesen für einen Windbeutel hält. Aber Minnas willensstarke Freundin Samdchen berichtet es, den Major heranzuführen, und verlobt sich dann mit einem andern Redakteur des „Haarbeutels“, während besten Kameraden Winkelnod. Bei dieser großen Ähnlichkeit ist es nicht unwahrscheinlich, daß Brentano bei seinem Vorgänger ein Plagiat gemacht hat. Dieses „wunderliche Naturprodukt“ ist auch sonst schon häufig zugetragen haben.

Entdeckung eines neuen Pharaonengrabes? Im Laufe der Ausgrabungsarbeiten in der Nähe von Dajchur, einige Kilometer südlich von Assuan, hat man das „Tombes“ zufolge ein Steinfragmente gefunden, von denen das eine eine Inschrift an die Krieger des Pharaos Schesmesak darstellt. Dieser Pharaon war der letzte der Könige der 4. Dynastie (aus Memphis, die von 2840 bis 2680 regierte) und der unmittelbare Vorgänger des Pharaos Mentaka (Mykerinos), dessen Pyramide die Heilige der drei Pyramiden von Gizeh ist, die sämtlich aus der Zeit der 4. Dynastie stammen. Das Fragment wird als Beweis dafür angesehen, daß man das langgesuchte Grab des Pharaos Schesmesak gefunden hat. Die betreffenden Namen wurden schon in alter Zeit als „Grab des Pharaos“ bezeichnet.

Der Besoldungsstandal.

Es großt und wütht in der Tiefe. Durch die ganze Arbeitnehmerschaft Deutschlands geht eine Welle der Empörung über die geradezu beispiellose parteiische Haltung des Reichsfinanzministeriums unter der Führung von Luther und Schlieben gegenüber den Arbeitnehmern. Man muß sich einmal recht deutlich die zwei Gesichter des Reichsfinanzministeriums ansehen, um den Gefel und die Erregung der Beamten und Arbeiter zu verstehen. Das eine Gesicht voll von Wohlwollen für die Industrieherren, das andre voll von brutaler, kaltherziger Abweisung gegenüber den Beamten und Arbeitern. Man braucht nur zurückzublicken auf die Besoldungspolitik des Reichsfinanzministeriums im Laufe des vergangenen Jahres, und man wird sofort begreifen, daß das Reichsfinanzministerium systematisch darauf ausging, die Front der Arbeitnehmer zu spalten, zu verwirren und zu schwächen, um nicht nur die Beamten und Arbeiter der Länder und des Reiches, sondern die gesamte Arbeitnehmerschaft müde und dem Lohndruck des Kapitals gegenüber kampfunfähig zu machen.

Im November 1923, also fast um die Zeit, wo die Streikemanu und Luther mit dem Gedanken ungingen, den Ruhrindustriellen 715 Millionen zu schenken, da erklärte der damalige Ministerialdirektor und jetzige Reichsfinanzminister v. Schlieben bei den Lohn- und Besoldungsverhandlungen im Ministerium:

Für die Reichs- und Staatsarbeiter, Angehörigen und Beamten gibt es jetzt nur noch zwei Möglichkeiten, entweder zu hungern, oder für eine vorübergehende Zeit zu hungern — mindestens so lange zu hungern, bis wir in Deutschland wieder zu geordneten Wirtschaftss- und stabilen Finanzverhältnissen gekommen sind. Jetzt kann es sich nicht darum handeln, die Löhne und Gehalte nach den Bedürfnissen der Empfänger festzusetzen oder gar die Lebenshaltungszubehänge zugrunde zu legen, sondern nur noch um die der Reichsregierung zur Verfügung stehenden Mittel; und diese sind sehr gering.

Schlieben malte die Zukunft grau in grau und er malte sie nicht nur so, sondern er sorgte durch seine Besoldungspolitik dafür, daß die Wirklichkeit seinem Bild entsprach.

Als im November 1923 die Umstellung der Löhne und Gehalte auf Rentenmark erfolgte, da erklärte das Reichsfinanzministerium plötzlich, Arbeiter und Beamte müssen wieder verschieden behandelt, die Staatsarbeiter müßten wieder mit den Arbeitern der Privatindustrie (Metallindustrie) gleichgestellt werden. Das war ein weitgehendes Zugeständnis an die Arbeitgeber der Privatindustrie und bedeutete das Auseinanderreißen der Arbeiter und Beamten, um die Schlagkraft der Arbeitnehmerorganisationen zu schwächen. Außer dem Bunde für höhere Beamte kam auch der Deutsche Beamtenbund dem Schachzug Schliebens entgegen. Die Quittung für diese Dummheit erhielten die Beamten des Deutschen Beamtenbundes später.

Die Lage der Reichsarbeiter wurde ferner infolgedessen verwickelt, als Deutschland in drei Wirtschaftsgebiete eingeteilt wurde, während die fünf Ortsklassen bestehen blieben, so daß eine ungeheure Punktigkeit der Löhne entstand. Bei den Beamten blieben die seitherigen fünf Ortsklassen ohne Wirtschaftsgebiete. Diese Trennung brachte sehr schnell den Arbeitern, besonders denen im Wirtschaftsgebiet I (Ostdeutschland) eine Kürzung ihrer Bezüge gegenüber den bis dahin mit ihnen vergleichbaren Beamten. Der nächste Streich des Ministeriums bestand in der

Erweiterung der Spannung zwischen den gelernten und ungelerten Arbeitern. Gegen eine gewisse Auseinanderziehung der beiden Lohngruppen hatten auch die Arbeitnehmer nichts einzuwenden, was aber das Reichsfinanzministerium sich leistete, bedeutete einfach die Auslieferung der ungelerten Arbeiter an den Hungertod.

Ein Beispiel: Es erhielt im Oktoberdurchschnitt pro Woche in Ortsklasse A ein 25jähriger angelernter Arbeiter 46 Pfennig, und der ungelernete Arbeiter 82 Pfennig weniger als der Handwerker. Im Dezember dagegen erhielt der angelernte Arbeiter pro Woche 2,82 Mark und der ungelernete Arbeiter 4,42 Mark weniger als der Handwerker. Die Folge war Mißmut und Verärgerung in den einzelnen Arbeitergruppen; aber das war dem Reichsfinanzministerium schnuppe, und hartnäckig wies es alle Verträge der Organisationen zur Beseitigung der Ungerechtigkeiten zurück. Ja die Sache wurde noch schlimmer, und man kann sagen, daß es heute in Deutschland kaum nennenswerte Arbeiterkategorien gibt, wo das Spannungsverhältnis zwischen den Gelernten und Ungelernten so enorm ist, wie bei den Reichsarbeiterlöhnen. Der dritte Streich des Reichsfinanzministeriums wurde geführt zur

Herabdrückung der Löhne der Reichsarbeiter, und zwar besonders der Löhne der untern Gruppen. Sie betragen gegenwärtig in Ortsklasse A, Wirtschaftsgebiet I, für den Handwerker 25,92 Mark pro Woche, für den angelernten Arbeiter 22,14 Mark, für den ungelerten Arbeiter 21,06 Mark. Im Wirtschaftsgebiet II: 30,28 Mark, 24,30 Mark und 22,68 Mark; im Wirtschaftsgebiet III: 32,94 Mark, 25,92 Mark und 24,30 Mark. Auch bei Sinuzrechnung der Sozialzulagen, die für Frau und Kind 3 Pfennig pro Stunde betragen, vollkommen unzulängliche Löhne!

Dazu kommt, daß man in der gleichen Zeit, wo gerade die oberen Beamten mit erheblichen Zulagen bedacht wurden, die Reichsarbeiter gegenüber den vergleichbaren Beamten besonders schlecht behandelte. In Prozenten ausgedrückt, gestaltet sich das Verhältnis so, daß die Gehaltserhöhung der vergleichbaren Beamten im Jahre 1924 zwischen 70 und 80 Prozent beträgt, diejenige des Arbeiterlohnes

dagegen nur zwischen 30 und 40 Prozent. Die Reichsarbeiter, die oftmals die gleiche Arbeit leisten müssen wie die vergleichbaren Beamten, gehören heute zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern.

In vielen Gegenden erreichen die Reichsarbeiter noch nicht einmal die Friedenskontingentlöhne. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß die Beamten etwa zubielt erhalten; im Gegenteil. Aber die Öffentlichkeit muß auf die erbärmlichen Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter einmal deutlich hingewiesen werden. Einzelne Freistaaten, wie Sachsen, Preußen u. a., haben deshalb auch den Standal nicht länger mit ansehen können und sind dazu übergegangen, ihren Arbeitern etwa 5 höhere Löhne zu gewähren.

Der Reichstag muß so bald wie möglich einmal in den Besoldungsstandal des Reichsfinanzministeriums gründlich hineinleuchten. Dem neuen Reichsfinanzminister muß von der Reichstagstribüne herab klargemacht werden, daß er nicht dazu da ist, lediglich alle Wünsche der Unternehmer restlos zu befriedigen. Schließen muß an sein Wort vom November 1923 erinnert werden, als er sagte, er sei bereit, eine nachträgliche Revision der Lohn- und Gehaltsätze vorzunehmen, sobald es die Finanzverhältnisse erlauben. Der Wechsel des Herrn Ministerialdirektors muß jetzt vom Reichsfinanzminister eingelöst werden; er ist längst fällig, überfällig! —

Heilmann und Barmat.

Vorsitzender Dr. Leidig eröffnet die Sitzung des preussischen Untersuchungsausschusses am Mittwoch um 10 Uhr 15 Minuten. Der Ausschuss tritt in die Vernehmung des Zeugen Heilmann ein. Vorsitzender Dr. Leidig fragt, ob Barmat mit Heilmann auch über seine Beziehungen zur Staatsbank gesprochen habe, die bis zum Jahre 1923 zurückgehen.

Heilmann antwortet, er habe seit 1923 gewußt, daß Barmat in irgendwelchen Beziehungen zur Staatsbank stand. Einzelheiten habe er bis zum 8. Dezember 1924 nicht erfahren. Damals hätte die „Note Fahne“ allerlei Enthüllungen gebracht, und er habe daher Barmat um Aufschluß gebeten. Barmat habe ihm sehr eingehend dargelegt, wie er die Dinge sah.

Dr. Leidig: Waren Sie auch in dieser Art Ehrensyndikus?

Heilmann: Diese Berater-eigenschaft ist im Laufe der Jahre in dem Maße verlorengegangen, als sich das Unternehmen erweiterte.

Vorsitzender Dr. Leidig gibt dann den Vorsitz an Dr. Deereberg ab, da er eine Besprechung mit dem Vorsitzenden des Reichstagsuntersuchungsausschusses Saenger vereinbart habe, damit die beiden Ausschüsse nicht gegeneinander arbeiten.

Der Kommunist Stolt richtet nun eine Reihe von Fragen an Heilmann.

Er erinnert an die Papierlieferungen an den Moskauer „Korwaaris“ und fragt, ob Heilmann bekannt sei, daß gerade in dieser Zeit die deutsche Arbeiterpresse außerordentlich unter dem Papiermangel litt.

Heilmann gibt das zu, erwidert aber, daß er mit der Ausfuhrbewilligung nichts zu tun gehabt habe.

Stolt fragt dann weiter, ob Heilmann davon etwas bekannt sei, daß die Erlaubnisakte des General-Kommandos Rütow, die Barmat besaß, und ob diese Vermittlung durch den Parteigenossen, dem damaligen Oberkommandierenden Moskale zustande gekommen sei, ferner ob, wie der frühere Adjutant der Berliner Kommandantur Fischer in seinen Erinnerungen erzähle, von holländischer Seite einmal Geld zur Verfügung gestellt wurde, um die spartakistische Bewegung zu unterstützen, und ob Barmat dieser Geldgeber gewesen sei.

Heilmann erwidert auf diese Fragen, daß Barmat keines Wissens Moskale niemals gesehen oder gesprochen hat und daß er, Heilmann, selbst in dieser Angelegenheit nicht mitgewirkt habe, da er Barmat erst später kennenlernte. Zur zweiten Frage glaubt Heilmann feststellen zu können, daß Barmat Fischer niemals einen Pfennig zur Verfügung gestellt hat.

Stolt richtet ferner die Frage an Heilmann, ob der verstorbene Abg. Krüger niemals die geringste Entschädigung von Barmat erhalten hat.

Heilmann bemerkt dazu, daß für das „Köpenicker Volksblatt“ 15 000 Mark gegeben wurden und daß darüber ordnungsmäßig quittiert ist.

Dann fragt Stolt, ob Heilmann seine juristischen Kenntnisse in der Steuerangelegenheit Barmats aufgegeben habe.

Heilmann: Geprädigt habe er gehört, daß Barmat auf dem Standpunkt stand, daß er seinen Wohnsitz in Amsterdam habe und persönlich in Deutschland nicht steuerpflichtig sei. Die Steuern seien von der „Amerima“ in Berlin gezahlt worden.

Abg. Stolt (Komm.) will wissen, ob außer Ebert junior auch Wels junior in einem Barmat-Unternehmen tätig gewesen sei.

Heilmann verneint letzteres, Walter Wels sei Privatsekretär bei Barbus gewesen.

Barmat in London.

Abg. Stolt (Komm.): Ist dem Zeugen Heilmann bekannt, daß der Abg. Wels im Jahre 1924 Barmat von Berlin aus als Kurier an den damaligen Premierminister und Sozialdemokraten Macdonald geschickt hat, um Barmat auf diese Weise in englischen Kreisen einzuführen?

Abg. Heilmann: Wels hat Barmat, mit einem Privatbrief versehen, im Jahre 1924 zu Macdonald geschickt. In dem Brief erinnerte Wels Macdonald daran, daß Macdonald den Barmat in derselben Zeit kennengelernt habe, in der Herr Wels mit ihm zusammenkam. Weiter ging Barmat mit einem inoffiziellen Auftrag des Reichspostministers nach London, um mit der damaligen englischen Regierung über eine Änderung des Postabrechnungsverfahrens zu verhandeln. Diese Verhandlungen waren von Erfolg gekrönt. Natürlich hat Barmat als Kaufmann derartige Aktionen nicht lediglich aus Eitelkeit und Gemeinnützigkeit übernommen, sondern er hat selbstverständlich dabei stets seine geschäftlichen Ziele im Auge gehabt.

Auf weitere Fragen des Abg. Stolt (Komm.) antwortet Heilmann, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Rüttner weder für Barmat-Unternehmungen noch für Barmat-Blätter tätig gewesen sei. Solange Barmat Lebensmittellieferer tätig war, habe er niemals einen Reichs- oder Staatskredit gehabt. Der erste Kredit sei 1922 von der Reichsbank gegeben worden. Das ende, als die Beziehungen mit der Staatsbank angingen. Spekulative Käufe in Mark habe Barmat nie gemacht. Markkäufe dienten nur dem Zwecke der Eindeckung für neue Lebensmittellieferungen, da dazu Ratna nötig war. Daß eine Quittung Koenens über 5000 Mark existiert habe, sei sicher. Im übrigen bemerkt Heilmann über die Verbindung Koenens mit Barmat, daß Koenen eines Abends Barmat aufgefordert habe, nach „Abdon“ zu kommen, um mit Krause wegen Anknüpfung von Geschäftsverbindungen mit Ausland zu sprechen. Auf Heilmanns Uraten, der davon warnte, die Vermittlung Koenens anzunehmen, habe Barmat abgelehnt.

Barmat und die Sozialdemokratie.

Vors. Deereberg stellt an Heilmann die Frage, ob irgendwelche finanziellen Beziehungen zwischen Barmat und der Sozialdemokratischen Partei bestanden haben.

Abg. Heilmann erwidert darauf, daß Barmat niemals der Partei oder Genossen irgendwelche Summen zur Verfügung gestellt habe, ohne sich vorher mit ihm, Heilmann, ins Benehmen zu setzen. Heilmann gibt zu, daß die 15 000 Mark, die an das Köpenicker Blatt gegeben wurden, von Barmat stammen. Weiter habe Barmat anlässlich der Dezemberwahl 1924 auf seine Veranlassung hin, da angesichts der vorangegangenen Wahlen es um die Parteistaffe nicht mit dem besten bestellt war, die Summe von 20 000 Mark zur Verfügung gestellt. Abgesehen von diesen größeren Beträgen habe Barmat nur hin und wieder kleinere Beträge gegeben, die aber nur in die Hunderte von Mark gingen und zwar in Fällen, wenn irgendein Parteifunktionär sich wegen Geldverlegenheit an Barmat wandte oder wenn einzelne Parteigenossen durch Krankheit in der Familie oder

durch Stellenlosigkeit in Not geraten waren.

Heilmann schätzt die gesamten Aufwendungen, die Barmat in einem Zeitraum von sechs Jahren an die Partei gab, auf höchstens etwa 50 000 Mark. Weiter habe Barmat auf eine Anregung des Ministers Schwarz in der Gegend von Bina i. Ca. aus seinen Mitteln ein Kinderheim errichtet, das ungefähr 25 Kinder beherberge und ausschließlich unter der Verwaltung sächsischer Behörden stehe. Weiter sei ihm über diese Angelegenheit nichts bekannt.

Abg. Deereberg (dt.-natl.): Wissen Sie etwas über die Finanzbeziehungen zwischen Barmat und dem Reichsbanner Schwarz-Not-Gold?

Abg. Heilmann (Soz.): Barmat hat dem Reichsbanner niemals Geld zur Verfügung gestellt; das Reichsbanner hat auch niemals um Unterstützung durch Barmat gebeten.

Abg. Deereberg: Ist Ihnen etwas über die Geschäftsbeziehungen zwischen Barmat und dem Reichsfinanzler a. D. Bauer bekannt?

Abg. Heilmann: Reichsfinanzler a. D. Bauer hat mit Barmat häufig auch über Geschäfte gesprochen. Ob und wie weit daraus Geschäftsbeziehungen entstanden sind, ist mir nicht bekannt.

Der Kriminalkommissar.

Abg. Kaufhold (dt.-natl.) beantragt sodann, den Kriminalkommissar Minthammer als Zeugen zu laden, der über die gegen Barmat früher erstatteten Anzeigen Auskunft geben soll. Seine politischen Freunde vertreten den Standpunkt, daß, wenn diesen Anzeigen feinerzeit nachgegangen worden wäre, die Staatsbank vielleicht nicht in die Lage gekommen wäre, Kredite an Barmat zu geben.

Abg. Kaufhold (Dem.) erweitert den Antrag Kaufhold dahin, daß auch der Präsident des damaligen Landespolizeiamts Falk geladen wird, worauf der Abg. Kaufhold feinerzeit noch als dritten Zeugen den Kriminalkommissar Wipo zu laden beantragt. Der Ausschuss beschließt, diese Zeugen heute noch zu vernehmen.

Auf weitere Fragen erklärt Abg. Heilmann, daß, sobald ihm bekannt sei, sozialdemokratische Organisationen und Gewerkschaften an irgendwelchen Geschäften Barmats niemals beteiligt gewesen sind. Eine Ausnahme davon mache eine Geschäftsverbindung Barmats mit dem Leipziger Konsumverein. Heilmann erklärt auf Befragen weiter, daß Barmat von der Gewerkschaftsbank einen Kredit von 300 000 Mark erhielt, der aber bald gestündigt und auch zurückgezahlt wurde. Diese Kreditverbindung habe im übrigen nur sehr kurze Zeit bestanden.

Abg. Dr. Waentig (Soz.) verlangt von Heilmann eine nochmalige eingehende Darlegung des Verhältnisses zwischen Barmat und J. Roth und Berlin-Burg.

Zeuge Heilmann gibt darauf eine ausführliche Schilderung über die Lage des Barmat-Kongerns im Juni 1924. Barmat besaß damals u. a. die „Amerima“, die Berliner Merkur-Bank, die Altenburger Handelsbank, alles kleinere Unternehmungen, die keinen besonders finanziellen Aufwand für den Betrieb erforderten, selbst dann nicht, wenn der Geschäftsgang ungünstig gewesen wäre. Barmat war damals ferner beteiligt bei Eisen-Matthes in Magdeburg. Dann wurden die Beziehungen zu J. Roth und Berlin-Burg angeknüpft, und zwar durch die Vermittlung des Oberfinanzrats Hellwig. Sobald sich Heilmann erinnern kann, ist das im Mai 1924 gewesen. Hellwig sei es gewesen, der Barmat zuerst mit dem Inhaber von J. Roth zusammengebracht hat, und darauf sei auch die Beteiligung Barmats am J.-Roth-Kongern und bei Berlin-Burg erfolgt, die beide etwa 20 bis 30 große Fabriken in Deutschland, der Tschechoslowakei, Deutschland und Holland unterhielten. Diese Unternehmungen seien damals stark überfordert und ohne jebe Betriebsmittel gewesen. Vor der Übernahme durch Barmat hätten diese Firmen, namentlich Berlin-Burg, bereits einen Vertrag abgeschlossen, in dem sie sich mit einer Art Schrottfirma zu einem sogenannten Metageschäft über den Verkauf der Maschinen geeinigt hätten, um dadurch neue Mittel zur Betriebsführung zu gewinnen. Dieser Verkauf scheine schon teilweise vor der Übernahme durch Barmat durchgeführt gewesen zu sein. Barmat habe zunächst große Bedenken gehabt, das Risiko einzugehen, und er habe angelegentliche Verhandlungen gepflogen darüber, wieviel Kapital notwendig sei, um alle diese Unternehmungen zu sanieren. Es sei Barmat damals gesagt worden, es handle sich um etwa 1 bis 1½ Millionen Mark. Bereits wenige Wochen nach dem Abschluß des Vertrags habe sich aber herausgestellt, daß

selbst das Zehnfache dieser Summe nicht ausreichte, um die Fabriken wieder aktiv, d. h. überschüssig zu machen. Man müsse das aber mit Einschränkungen versehen, denn es seien unter den Fabriken auch solche gewesen, die bereits nach kurzer Investition wieder produktiv arbeiten konnten.

Heilmann erklärt, daß er diese Mitteilungen einem Herrn Wolf verdanke, der von Barmat 6 Wochen vor seiner Verhaftung als Industrielleiter engagiert worden ist, und der diese Werke einer Nachprüfung unterzogen hat. Andre Fabriken, wie beispielsweise das Stammwerk Burg und Rostock, hätten jedoch sehr große Mittel bedurft, um wieder betriebsfähig zu werden. Die Staatsbank habe später keine weiteren Kredite geben wollen, aber sie gab wertvolle Sicherheiten frei, damit Barmat sich andre Kredite beschaffen konnte, um die Sanierung von J. Roth und Berlin-Burg zur weiteren Durchführung bringen zu können.

Abg. Deereberg (dt.-natl.) stellt nach dieser Aussage Heilmann fest, daß also der Zusammenbruch des Barmat-Kongerns dadurch hervorgerufen wurde, daß Oberfinanzrat Hellwig den Kongern bestimmte, schwer notleidende Gesellschaften im großen Maße zu übernehmen.

Heilmann bemerkt, daß er sich nur dem Urteil eines Verteidigers anschließen könne, der erklärt habe, die Auffassung Heilmanns sei auch die Auffassung der Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft habe gesagt, Barmat sei wohl ein Betrüger, aber ein betrogenen Betrüger, der durch die J.-Roth- und Berlin-Burg-Angelegenheit hineingeleitet wurde.

Ein aufgeregter Kriminalkommissar.

Die Frage, wie es zu erklären sei, daß ein so erfahrener Geschäftsmann wie Barmat sich habe täuschen lassen, beantwortet Heilmann mit der Ausführung, Barmat sei ein erfahrener Kaufmann, aber kein Industrieller gewesen. Als am 8. Dezember nach dem Wahlkampf Heilmann Barmat gefragt habe, wie es wirtschaftlich mit seinem Kongern stehe, habe dieser ihm gesagt, ein gerichtlicher Sachverständiger, der Baurat Gab, habe den Wert bei J. Roth und Berlin-Burg auf 75 Millionen Mark fest-

weis, daß sie politisch nicht links von den Sozialdemokraten, sondern rechts von den Ludendorffern stehen. —

Sitzungsbericht.

Der Reichstag nahm am Mittwoch zunächst das Abkommen mit Polen über die Nutzung von Bauarbeiten im Dorf Sturzebrack im Kreis Marienwerder durch Polen in erster und zweiter Lesung an.

Darauf wird die zweite Lesung des Reichshaushalts fortgesetzt beim Reichsarbeitsministerium. Verbunden damit werden zahlreiche

Anträge über die Arbeitszeit.

Abg. Schneider (Berlin, Dem.): Früher Geist in die Sozialpolitik könne nur durch demokratische Gedankengänge kommen. (Nachen rechts.) Die Arbeitslosenversicherung müsse endlich fertiggestellt werden. Dringend notwendig seien Reformen in der Unfallversicherung und Unfallversicherung. Die Frage der Arbeitszeit sei eine Kulturangelegenheit. Der Redner fordert Befreiung des jetzigen Systems der Lohnsteuer.

Auf Antrag der Parteien werden nunmehr noch etwa 50 Interpellationen und Anträge, die Arbeitsfragen betreffen, mit zur Verhandlung gestellt.

Abg. Drewnik (Wirtsch. Vg.): Die Arbeitgeber im Kleinhandel und Gewerbe wehren sich gegen Überbeanspruchung der Sozialpolitik.

Abg. Schwarzer (Fabr. Vg.): In der Unfallversicherung müssen die Forderungen der Rentenaufwähler und der Hinterbliebenen berücksichtigt werden.

Abg. Stöhr (Natl.-Soz.) verlangt gründliche Prüfung des Gedankens eines Arbeitsdienstjahres. Es sei ein Skandal, wenn vielfach heute noch nicht einmal die Vorkriegslöhne gezahlt werden. In der Bauwirtschaft habe man den Personalabbau mit unglaublicher Brutalität durchgeführt.

Reichsarbeitsminister Brauns

gibt einen Überblick über die Tätigkeit seines Amtes. Er erinnert an seine Rede im Haushaltsauschuss und lehnt es ab, sich über Dinge zu äußern, die noch im Stadium theoretischer Erwägungen sind. Es sei ein wesentlicher Erfolg, wenn schon kurze Zeit nach dem Zusammenbruch unsere Sozialversicherung auf festen Füßen stand. Nach Berücksichtigung des Unfallversicherungsgesetzes werde man überall wieder die Friedensleistungen erreichen. Die Reichsregierung werde eine planmäßige und zusammenfassende Gestaltung der Sozialversicherung nicht aus den Augen verlieren. Es sei aber eine gesetzliche Anpassung notwendig. Es habe seinen Zweck, Beschlüsse zu fassen, die man nachher wieder fortriggieren müsse. Der Minister spricht sich für eine baldige endgültige

Schaffung der Arbeitslosenversicherung

aus. Selbstverständlich könne auch hier nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden. Die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge hätten sich seit Jahresfrist um rund 100 Prozent gehoben. Der Minister beschäftigt sich dann mit der Frage der Arbeitszeit. Die Rettung der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik erfordere die Reichsregierung keineswegs in verlässlicher Arbeitszeit und in vertieften Löhnen. Die Mehrheit der deutschen Unternehmer werde auch nicht so kurzfristig sein, zu glauben, mit solchen Mitteln ihren Platz auf dem Weltmarkt zu behaupten. Die Verlängerung der Arbeitszeit war nur ein Hilfsmittel in der Not. Der schematische Achtstundentag sei für den Gesetzgeber nicht tragbar, auch wenn er Dismann heiße. (Heiterkeit.)

In der Frage des Washingtoner Abkommens erhebe man sich bei der Standpunkt der Regierung bekannt. Deutschland beabsichtige keineswegs ein Vorgehen, das als soziales Dumping bezeichnet werden könnte. Aber auf die besonderen Verhältnisse müsse Rücksicht genommen werden.

Abg. Dr. Raichig (Dem.) erhebt Einspruch gegen Ausführungen des Abg. Stegerwald, die als gegen den Apothekerstand gerichtet aufgefaßt werden könnten.

Abg. Klöne (Dt.-natl.) fordert Sicherung des arbeitsfreien Sonntags.

Abg. Dismann (Soz.):

Ich stelle fest, daß der Reichsarbeitsminister sich zu einer Reihe von Problemen nicht geäußert hat, die ich angeknüpft habe und die doch außerordentlich wichtig sind. Ich erwähne nur die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge, bei den Verhandlungen über die Handelsverträge usw.

Der Reichsarbeitsminister hat dann weiter darauf hingewiesen, daß nur durch die weitgehende Mäßigung der Arbeitslöhne und die Verlängerung der Arbeitszeit die Erhaltung der Wirtschaft im Jahre 1923 möglich gewesen sei, und daß im Jahre 1924 sich eine Verringerung vollzogen habe, die sich auch in dem Nachlassen der Arbeitskämpfe zeige. Ich stelle bei dieser Gelegenheit fest, daß bei den Verhandlungen Ende 1923 die Löhne der Metallarbeiter im Ruhrgebiet von 70 auf 50, die der Ungelernten auf 40 Pfg. und gegen den Willen der Arbeiter reduziert worden sind. Die Metallarbeiter haben damals vor dem Kampfe gestanden, um diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Damals hat die Regierung dadurch eingegriffen, daß sie den Arbeitern die

Erwerbslosenunterstützung entzög.

Auf kommunistische Zwischenrufe stellte Redner fest, daß die Kommunisten im Kampfe gegen die Gewerkschaften Hand in Hand mit den Schwerverindustriellen arbeiten.

So vorsichtig der Reichsarbeitsminister sich über die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ausgesprochen hat, so scharf hat der deutschnationalen Redner seine Gegnerschaft gegen den Achtstundentag ausgesprochen. Er sagt, daß er für die Ratifizierung des Abkommens sei, wenn Nordamerika, Südamerika, die Oststaaten usw. gleichfalls die Ratifizierung vornehmen. Ich stelle demgegenüber fest, daß in Belgien, in Schweden, in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in England noch heute das Dreizehnstundentag zu 8 Stunden für die Metallarbeiter besteht und daß

lediglich Polen und Deutschland die längere Arbeitszeit haben. Die Arbeiter verlangen den Achtstundentag, sie verlangen eine ausreichende Erntenz, solange sie das nicht haben, werden Sie keine Ruhe finden! (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dismann stellt gegenüber Ausführungen des Abg. Ködel (Komm.) weiter folgendes fest: Zu der Bewegung im Ruhrgebiet bemerke ich: Unsere Streikfakten liegen vor aller Welt offen da, sie ergeben, daß wir den Kampf um den Achtstundentag mit den denkbar schärfsten Mitteln geführt haben. Zum Verständnis des deutschen Metallarbeiterstreiks stelle ich fest, daß dieser Kampf von unserer Organisation ein Vierteljahr lang geführt worden ist im vollen Einvernehmen mit sämtlichen Funktionären der kommunistischen Partei. Weiter: Als nach dem Ende des Kampfes verhandelt wurde, haben wir

Die Aftündige Arbeitswoche durchgesetzt,

von dem Verlassen des Prinzips des Achtstundentages ist also keine Rede. Unter den Funktionären, die an der Abstimmung teilnahmen, befanden sich 19 oder 20 Kommunisten, und lediglich zwei von ihnen haben gegen die Abstimmung gestimmt. Wir haben dann eine Abstimmung unter allen Mitglieðern vorgenommen, gleichgültig, ob es sich um Sozialdemokraten oder Kommunisten handelte, haben die Arbeiter die Abstimmung zugestimmt. Ja, noch mehr. Gerade in den Nachburlagen der Kommunisten, wie in Stuttgart, Eslingen usw. ergaben sich für die Abstimmung 85 bis 92 Prozent. Versuchen Sie damit die Lügen, die fortgesetzt gegen den Metallarbeiterverband verbreitet werden. Ich stehe zwar hier als

Radiodienst der Volkstimme.

Schutzölle in England.

London, 5. Februar. Die englische Regierung hat dem Unterhaus ein Weißbuch vorgelegt, das sich mit dem Schutze der englischen Industrie gegen „unfairen Wettbewerb“ befaßt. Es handelt sich mit andern Worten um Schutzölle unter gewissen Voraussetzungen. Der Zoll soll erst dann erhoben werden können, wenn eine Sachverständigenkommission das Verlangen der betreffenden Industrie nach Zöllen geäußert hat.

Die Bedingungen, unter denen die Regierung einen Wettbewerb als „unfair“ ansehen und sich zu Schutzöllen bereit erklären würde, sind:

1. Das Handelsministerium muß der Meinung sein, daß die im Schutze einkommende Industrie für England von maßgebender Bedeutung ist nach Umfang und Natur der Erzeugnisse.

2. Muß der Beweis erbracht werden, daß der Wettbewerb durch das Ausland außergerichtlich ist.

3. Die betreffende Industrie muß beweisen, daß die Bedingungen in dem Lande, das den Wettbewerb hervorruft, unfair sind.

4. Das Geschäft einer Industrie kann zurückgewiesen werden, wenn ihr Betrieb nicht mit größter Leistungsfähigkeit und Sparsamkeit arbeitet oder wenn ein Schutzölle andere Industrien beeinträchtigen sollte.

5. Ein besonderer Ausnahmefall hat darüber zu berichten, ob der Wettbewerb ausländischer Waren unnormal ist, und ob sie zu nicht billigeren Preisen verkauft werden können, als sie in England mit

ihnen herzustellen sind, oder ob ein solcher Wettbewerb den Arbeitsmarkt in England bedroht.

6. Der Wettbewerb wird als unfair betrachtet, wenn der niedrige Preis durch niedrige Löhne oder längere als in England übliche Arbeitszeit erzielt ist.

7. Ein Ausschuss wird darüber zu entscheiden haben, daß der in Frage kommende Schutzölle so hoch bemessen sein wird, um unfairen Wettbewerb des Auslandes zu verhindern.

Die liberalen Blätter nehmen entschieden gegen die Ausführungen des Weißbuches Stellung und wittern in ihm einen Vorläufer zu einer umfassenden Schutzöllepolitik Englands.

Die anerkannte Hamburger Schulpolitik.

Hamburg, 5. Februar. In der Hamburger Bürgerschaft ist nach zweitägiger ausgedehnter Debatte der seit Monaten währende Austritt der vereinigten Rechte gegen die Hamburger Schulpolitik zurückgeschlagen worden. Mit allen Mitteln war gegen die Grundschule und gegen den Sächsischen Lehrgang der höheren Schulen gearbeitet worden. Die Volkspartei hatte sogar hinter dem Rücken der Oberschulbehörden mit dem bisherigen preussischen Kultusminister Boelke Verbindungen angeknüpft, um der sozialistischen Leitung der Hamburger Schulbehörden ein auszuweichen.

Nunmehr hat die Rechte eine entscheidende Niederlage erlitten, denn mit großer Mehrheit ist die Bürgerschaft in der Mittwochnacht einen demokratischen Antrag an, der die Anerkennung der bisherigen Hamburger Schulpolitik bedeutet.

Hauptobjekt der kommunistischen Arbeiter. Ich muß aber vor den Arbeitern in London folgende Tatsache ausdrücklich feststellen. Der kommunistische Redner hat 20 Minuten gesprochen, aber er hat nicht 2 Minuten daran verwendet, um dem deutschnationalen Redner Abschnitte entgegenzusetzen. Die ganze übrige Zeit war ausgefüllt mit den schwersten

Verleumdungen gegen die Arbeiterbewegung.

gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. (Lebhafter Beifall bei den Soz., Lärm bei den Komm.)

Die Sitzung wird um 8 Uhr auf Donnerstag, nachmittags 1 Uhr, vertagt. Ein Antrag der Kommunisten, auf die morgige Tagesordnung die Bildung eines Untersuchungsausschusses über die Wilm-Läster zu setzen, wird abgelehnt.

Auf der Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung steht die Fortsetzung der Beratungen der Enquete über die Befehle der Gesundheitspläne, in Verbindung mit den dazu eingereichten Anträgen.

Staatsanwalt und Reichstag.

Am Mittwoch trat der Untersuchungsausschuss des Reichstags nochmals zusammen, nachdem in den Sitzungsstunden die Referenten des Ausschusses eine Mitsprache mit dem Untersuchungsrichter und dem Oberstaatsanwalt gehabt haben, die das gerichtliche Verfahren in Sachen Barmai-Kutischer usw. leiten.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfleger, einer der Referenten, machte zunächst die Mitteilung, daß die Gerichtsbehörden Einwendungen hätten gegen die Untersuchungstätigkeit des Reichsausschusses, während noch eine gerichtliche Untersuchung schwebt. Eine entsprechende Mitteilung wird an den Vorsitzenden des Ausschusses ergehen. Dr. Pfleger sagte weiter: Wir sind nicht in der Lage, in einer öffentlichen Sitzung zu erklären, inwiefern und aus welchen Gründen, persönlicher oder sachlicher Art die Beweisaufnahme, die nach unseren Befehlen Sonntagabend beginnen sollte, den Gang des strafrechtlichen Verfahrens schädigend beeinflussen dürfte. Ich muß deshalb die Herren bitten, sich mit der Zustimmung zu begnügen, daß nach den uns gegebenen Informationen die strafrechtliche Untersuchung in einem Tempo und mit einem Personalaufwand geführt wird, daß man sagen kann: es wird mit Hochdruck gearbeitet, um die ganze Sache so rasch wie möglich abzuwickeln. Nach Lage der Dinge fasse ich mich dahin zusammen: so wie der Stand des Strafverfahrens heute ist, erachte ich nicht nur die Tagungen, die jetzt im preussischen Ausschuss stattfinden, sondern genau so die Beweisaufnahme, die von uns angeregt ist, für absolut unvereinbar mit den Anforderungen, die wir an eine gerichtliche Voruntersuchung und ein strafgerichtliches Verfahren stellen müssen im Interesse der Öffentlichkeit. Ich beantrage daher die vorläufige Sistierung der Beweiserhebungen.

Der Vorsitzende, Abg. Saenger (Soz.), schlägt vor, am Sonntagabend vormittag doch noch eine Sitzung abzuhalten und an das preussische Justizministerium das Ersuchen zu richten, einen Vertreter in diese Sitzung zu senden, der dem Ausschuss noch nähere Mitteilungen über die Gründe machen sollte, die im Interesse des Strafverfahrens gegen die Untersuchungstätigkeit des Reichsausschusses vorliegen. Die Tatsache sei bemerkenswert, daß ein anderes Parlament hemmungslos in verschiedenen großen und langen Sitzungen Beweiserhebungen vornehme und das Reichsparlament jetzt zurückstehen solle. Die Öffentlichkeit werde selbstverständlich daraus ungünstige Schlüsse ziehen.

Nach weiterer kurzer Erörterung wurde einstimmig der Vorschlag des Vorsitzenden angenommen. Es findet also am Sonntagabend vormittag um 10 Uhr eine Sitzung des Ausschusses statt, in der ein Vertreter des preussischen Justizministeriums gehört werden soll.

Deutschnationale Aufwertungsfabotage.

Dem Aufwertungsausschuss des Reichstags lag am Dienstag ein Gesetzentwurf des Reichsjustizministeriums zur Beratung vor, der bestimmt, daß in Rechtsstreitigkeiten über Aufwertungsfragen die Verhandlung auf Antrag einer Partei einseitig ausgesetzt ist. Entgegen einem in der letzten Woche gefassten Beschluß des Ausschusses nicht dieser Gesetzentwurf jedoch vor, daß dem Antrag auf Aussetzung eines Verfahrens nicht fortzugeben ist, wenn der Gegner der Aussetzung widerspricht und zu bezorgen ist, daß ihm durch die Aussetzung ein erheblicher Nachteil entstehen würde. Diese Zustimmung wurde sofort von den Vertretern verschiedener Parteien angefochten, weil sie das ganze Gesetz illusorisch macht.

Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Abgeordneter Keil, daß mit solchen Bestimmungen für die Gläubiger nichts erreicht sei und die Rechtslage nur noch verworrenere würde. Da es den Gerichten an jeder sichern Rechtsgrundlage für ihre Entscheidungen fehle, wäre es das zweckmäßigste, den deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der Rotter-ordnung vom 4. Dezember und ihre Ersetzung durch ein Zwischengesetz anzunehmen.

Bisher schon haben die Deutschnationalen ihren eigenen Antrag sabotiert und auch im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung stellte sich heraus, daß die Parteien der Rechte keine Rücksicht auf die Aussetzung des Verfahrens beschließen wollten. Ein Antrag, der die Rotterordnung in eine Kammerbeschrift ändern und das Recht, Aussetzung des Verfahrens zu beantragen, nur dem Gläubiger einräumen will, wurde ebenfalls abgelehnt wie alle andern Anträge, so daß der Ausschuss ohne jeden positiven Vorschlag dahinsinkt. Das war selbst dem Deutschnationalen Herzog zu viel und er schlug vor, nach einmal über die Anträge abzustimmen, um in der Öffentlichkeit den schlechten Eindruck zu vermeiden.

Der Antrag, das Verfahren ohne Einschränkung auszusetzen, wenn eine Partei es beantragt, wurde dann mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Nur den Antrag stimmte die gesamte Linke. Mit 14 gegen 12 Stimmen wurde ein Antrag angenommen, wonach das Verfahren auf Antrag des Gläubigers ausgesetzt werden kann. Von den Sozialdemokraten unterstützten Antrag der Demokraten, daß dieses Zwischengesetz spätestens am 30. April nächster Kraft trete, wurde von den Rechtspartei abgelehnt. Sie beschloßen, die Reichsregierung den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmen zu lassen.

Die Haltung der Rechtsparteien im Aufwertungsausschuss zeigte mit aller Deutlichkeit, daß es ihnen jetzt gar nicht darum zu tun ist, den gebotenen Druck auf die Regierung auszuüben, damit diese die Aufwertungsfrage möglichst bald regle. Sie denken gar nicht daran, in der Zwischenzeit den Gläubigern und Sparern den Schutz zu gewähren, wie sie es vorher getan hatten. Vielmehr ging aus den Ausführungen von Rednern der Rechte hervor, daß ihr Bestreben dahin geht, den ausbleibenden Ansprüchen der Gläubiger und Sparern entgegenzutreten.

Notizen.

Reichspräsidentenwahl. Die Wahl des Reichspräsidenten wird wahrscheinlich am Sonntag den 3. Mai stattfinden.

Abbau der Besatzung. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß am Sonntagabend, die in Wermelskirchen liegenden englischen Truppen die Stadt endgültig verlassen werden. Der interalliierte Untersuchungsausschuss der Rheinland-Eisenbahn hat verfügt, daß am genannten Tage die Grenzkontrollposten in Wermelskirchen, Schaberg, Gräfrath und Engelskirchen zurückgezogen sind. Damit wird Wermelskirchen, das seit 1918 englische Besatzung hatte, von den Truppen frei. Auch die in Ohligs liegenden englischen Truppen, die die Bahnhofskontrolle ausüben, werden am Sonntagabend zurückgezogen und ihren in Köln gelegenen Truppenteilen überwiesen. Die bisherige Bahnhofskontrolle in Ohligs wird umgewandelt in eine Verkehrsüberwachungsstelle. Der englische Offizier bleibt weiter als Leiter dieser Stelle im Amt.

Die Handelsverträge im Auswärtigen Ausschuss. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags behandelte am Mittwoch im Gegenwärt des Außenministers, des Wirtschaftsministers und des Ernährungsministers die Zoll- und Handelspolitik und die Pariser Finanzministerkonferenz. Streifenmann machte nähere Mitteilungen über die außenpolitischen Gesichtspunkte, die bei den Handelsverträgen von langen mit Spanien, England, Dänemark, Schweden, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Russland und Polen maßgebend waren bzw. sind. Der Reichsarbeitsminister beleuchtete die wirtschaftlichen Hintergründe der Handelsvertragsverhandlungen und legte seine grundsätzliche Einstellung zur Handelspolitik dar.

Sturm im österreichischen Parlament. Im österreichischen Nationalrat kam es am Mittwoch zu sehr hitzigen Szenen. Als die sozialdemokratische Abgeordnete Kaufha schilderte, wie in Grinbad Gendarmerie Arbeiter verhaftete und sie wie schwere Verbrecher aneinander gefesselt festsetzte, rief ein deutschnationaler Abgeordneter: „Ordnung muß sein, Bagabunden darf man nicht verteidigen!“ Diese Worte lösten bei den Sozialdemokraten hitzige Entrüstung aus. Die Erregung steigerte sich noch, als der Justizminister zugeben mußte, daß tatsächlich vier Männer und Frauen aneinandergebunden weggeführt worden waren. Als der deutschnationalen Zwischenrufer sich zu verteidigen bemühte, erhob sich bei den Sozialdemokraten großer Lärm. Sie riefen ihm zu: „Schämen Sie sich, Sie Feigling!“ Erst nach längerer Zeit legte sich die Erregung.

Depeschen.

Otto Braun gibt auf!

Berlin, 5. Februar. Nach dem „Amtlichen Preussischen Pressendienst“ hat Ministerpräsident Otto Braun dem Präsidenten des Landtags mitgeteilt, daß er dieses Amt nicht annehmen könne und den Auftrag zur Regierungsbildung dem Parlament zurückgebe.

Sozialdemokraten im Aufwertungskampf.

Wien, Berlin, 5. Februar. Im Aufwertungsausschuss des Reichstags erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß die Regierung in spätestens drei Wochen dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der die endgültige Lösung der Aufwertungsfrage bringen solle. Gleichzeitig würden auch die Mitglieder des Aufwertungsausschusses den Gesetzentwurf zur Kenntnis erhalten, damit ihnen so schnell als möglich Gelegenheit gegeben werde, die nähere Einzelheiten des Gesetzentwurfs zu prüfen. Demgegenüber verlangten die sozialdemokratischen Vertreter, daß sofort in die Debatte über den deutschnationalen Antrag eingetreten werde, in dem bekanntlich verlangt wird, daß die auf Grund des Artikels 42 erlassene Verordnung des Reichspräsidenten zur Aufwertungsfrage vom 4. Dezember 1924 aufgehoben werden solle und die Deutschnationalen selbst zur Fall bräuchten.

WÄSCHE u. AUSSTATTUNGS WOCHE



Schlußtage

Freitag, Sonnabend, Montag

Schlußtage

Freitag, Sonnabend, Montag

Weißwaren, Stickereien

- Madapolam-Stickerei 1.10
- Madapolam-Stickerei 85
- Madapolam-Stickerei 85
- Madapolam-Stickerei 50
- Prima Schweizer Stickerei 1.10
- Mad-Stickerei 85
- Schal- u. Faltenragen 1.10
- Moderne Weiten 1.25

Stickerei-Reste

in verschied. den Längen und Breiten
Nett 75 55 25

Spitzen

- Maschinen-Klöppelspitze 65
- Maschinen-Klöppelspitze 15
- Maschinen-Klöppelspitze 55
- Zwirnspitze 65
- Zwirnspitze 15
- Balenciennes-Spitze 10

Seidenband

Saarspitzen 55

Handschuhe

- Damen-Handschuhe 95
- Damen-Handschuhe 1.75
- Herren-Handschuhe 1.85

Damen-Ziegenleder-Handschuhe

3.95

Herren-Artikel

- Weißer Oberhemden 4.50
- Weißer Oberhemden 6.50
- Weißer Oberhemden 8.50
- Strick-Oberhemden 12.00

Farbige Oberhemden 4.75

- Farbige Oberhemden 5.25
- Nachthemden 5.50
- Wattschleifen 28
- Schleifenbinder 55

Kragen

- Sporttragen 35
- Borhemden 1.25
- Borhemden 1.00

Bei Einkauf von 4 Mark an ein Luftballon gratis!

Strümpfe

- Damen-Strümpfe 95
- Damen-Strümpfe 1.35
- Damen-Strümpfe 1.95

Kinder-Strümpfe

weiss prima Baumwolle, 1/2 gestrickt Größe 2-12, jede weitere Größe 10 Pf. mehr

Schürzen

- Sommer-Schürzen 1.45
- Sommer-Schürzen 3.95

Trikotagen

- Damen-Unterhemden 1.45
- Damen-Untertailen 1.75
- Damen-Untertailen 2.50

Damen-Hemdhoften 1.95

- Damen-Hemdhoften 2.95
- Damen-Hemdhoften 4.95
- Damen-Schlupfhoften 3.75

Damen-Schlupfhoften 4.50

- Damen-Unterleider 7.85
- Damen-Überleider 7.50

Damenwäsche

- Damen-Hemden 90
- Damen-Hemden 1.85
- Damen-Hemden 2.75
- Knieeinleider 1.85
- Knieeinleider 2.75
- Damen-Nachthemden 3.95
- Hemdhoften 3.50

Büchse-Garnitur 4.95

- Brinzel-Unterrock 2.95
- Sommer-Untertaille 95

Baumwollwaren

Unsere Spezial-Qualitäten

Wäsche-Stoffe

- Alma 10 Meter 7.50 5 Meter 3.75
- Betty 10 Meter 8.50 5 Meter 4.25
- Mara 10 Meter 9.50 5 Meter 4.75
- Dora 10 Meter 11.50 5 Meter 5.75

Hemdentuch 58

- Rüberbarchent 95
- Piltebarchent 95
- Einon 1.45
- Bettlamaste und Satins 1.65
- Bettkattun 95

Fertige Bettwäsche

- Buntgeblünte Bezüge 9.50
- Karierte Bezüge 9.50
- Damast- und Gatinbezüge 18.00
- Einonbezüge 9.50

Bestückte Bettwäsche 12.50

Metal-Bettstellen

- Metal-Bettstellen 19.50
- Metal-Bettstellen 28.50
- Kinder-Bettstellen 27.50

Reform-Matraken 17.00

- Auflege-Matraken 17.50
- Spannstoffe 1.30

BARASCH

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. Februar 1925.

Reaktion ist Kriegsgefahr.

Das Friedenskartell von Magdeburg hatte wieder einmal den von allen Reaktionären und Kriegsgehern wütend gebrauchten Slogan... Der große Saal des „Kristallpalastes“ war dicht besetzt.

Die Regierung muß ein Spiegelbild der Wahlen sein. Am 7. Dezember sind 2 1/2 Millionen Wähler mehr für die Republik eingetreten, als am 4. Mai. Das hätte bei der Regierungsbildung zum Ausdruck kommen müssen.

Nach schädlicher als die Tatsache einer republikanischen Regierung mit monarchistischen Ministern hat im Auslande die farblose Regierungserklärung gewirkt. Das Ausland glaubt nicht, daß eine Regierung, die von kriegsbegeisterten Monarchisten geleitet wird, republikanische und Erfüllungspolitik treiben kann.

Wir Republikaner müssen diesen schlechten Eindruck, den Deutschland unter seiner Rechtsregierung auf das Ausland macht, wieder beseitigen, indem wir vor allem durch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold beweisen, daß das republikanische, verständigere Deutschland stärker ist, als das monarchistische, reaktionäre Deutschland.

Eingehend schilderte Gerlach aus seinen Beobachtungen in Frankreich und Belgien, welchen Schaden das Auftreten des schwarzweißroten Stahlhelms und das Geschehen der nationalistischen Zeitungen dem deutschen Volke zufügt. Reaktion und Rüstungswillen ist gleichbedeutend. Im Auslande glaubt man nicht, daß der nationalistische Unfug bei uns nur Theater ist, der wohl der Republik aber niemals dem Auslande gefährlich werden kann.

Wir können das Vertrauen nur wiederherstellen, wenn wir Ernst machen mit dem Willen, endlich dem Völkerbund beizutreten. Denn, im gesamten Auslande würde Deutschlands bedingungsloser Beitritt zum Völkerbund als eine Aufgabe an den Rebantheden in Deutschland angesehen. Gerade aus nationalem Interesse müssen wir in den Völkerbund hinein. Nur die deutschen Landstände im Saarrevier und im Auslande haben ein Recht zu verlangen, daß sie sich an einen deutschen Vertreter und nicht an Ausländer im Völkerbund mit ihren Wünschen und Forderungen wenden können.

Wir müssen überall und mit aller Entschiedenheit unsern Willen bekunden, die Republik zu schützen und für Völkerbefreiung zu wirken. Die Reaktionen sind keine Lämmerlein, die sich geduldig von der Reaktion abschlagen lassen. Ihre Parole heißt: Gegen Reaktion und Krieg, für Frieden und Freiheit!

In der Ansprache betonte der Gauvorsitzende des Reichsbanners, Genosse Röber, daß gerade mit dem Gedanken der Republik und den Farben Schwarzrotgold der echte nationale Gedanke verbunden ist. Das Reichsbanner ist nicht nur eine Abwehrbewegung gegen Reaktion und Nationalismus, sondern auch eine Organisation zur Förderung der nationalen Einheit Deutschlands. Eindringlich machte Röber die Kriegsgefahr und deren Folgen aufmerksam. Der Stahlhelmtag hat so manchem die Augen geöffnet, der von der Harmlosigkeit des Stahlhelms geträumt hatte. Am 22. Februar werden in Magdeburg die republikanischen Frontsoldaten aus ganz Deutschland und auch aus Oesterreich unter den Farben schwarzrotgold für den großdeutschen republikanischen Gedanken und für die Völkerbefreiung demonstrieren.

Im Schlußwort ging Gerlach auf das politische Verhalten der Kommunisten ein, das er als durchaus schädlich für die deutsche Arbeiterschaft bezeichnete. Es ist eine politische Torheit der Kommunisten, das Hauptgewicht ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu richten. Sie glauben für Pötsdam zu wirken, arbeiten aber in Wahrheit für Pötsdam. Mit dem Hinweis auf die grauenhaften Fortschritte der Giftgasherstellung schilderte Gerlach die nicht auszubeherrschenden Verheerungen eines neuen Krieges, in dem ganze Landschaften und Völker ausgerottet werden können. Das Gemeinwohlinteresse aller Menschen muß dahin gehen, Kriege unmöglich zu machen. Alle Völker müssen gemeinsam arbeiten an der Besserung der Lage der Menschheit, und jedes Volk muß bei sich selbst anfangen. Dienst am Volk ist Dienst an der Menschheit.

Zersplitterungsversuche in den Gewerkschaften.

Wir erhalten diesen Bericht: Die hiesige Ortsgruppe des im Revolutionskartell gegründeten Werkmeisterbundes im Eisen hatte für Montag den 2. Februar eine Versammlung der Magdeburger Werkmeister einberufen. Als Referent war hierzu der hiesige Geschäftsführer des Deutschen Werkmeisterverbandes Düsseldorf Kubauch aus Leipzig erschienen, der über das Thema „Die Werkmeisterverbände und der Afabund“ referierte.

Die Versammlung war sehr gut besucht, aber nicht etwa von Mitgliedern des Eisener Werkmeisterbundes, sondern von den Mitgliedern des seit mehr als 40 Jahren bestehenden Deutschen Werkmeisterverbandes in Düsseldorf. Die vom Eisener Werkmeisterverband erschienenen Mitglieder hatten sehr gut an einem Tisch Platz. In etwa einhundert Ausführenden versuchte nun der Referent den Magdeburger Werkmeistern zu beweisen, daß der deutsche Werkmeisterstand durch die Zugehörigkeit des Deutschen Werkmeisterverbandes Düsseldorf zum Afabund in seiner Bedeutung herabgesetzt würde und daß durch das Heroverfahren des Kampfes die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer größer würden. Weiter gefiel sich der Referent darin, die Personen herunterzureißen, die in den letzten Jahren im Staate führende Stellungen eingenommen haben. Vor allen Dingen hat er es auf Siegfried Aufhäuser als Vorstandsmitglied des Afabundes abgesehen. Der Charakter des Referenten wird dadurch schon am besten gekennzeichnet, daß er in einer Versammlung Personen beschimpft, die sich selbst nicht verteidigen können, weil sie auch mit dem besten Willen nicht in einer derartigen Versammlung mit anwesend sein können.

Ein großes Loblied sang er der Volks- und Zentralarbeitsgemeinschaft, trotzdem er nicht einen einzigen Beweis dafür erbringen konnte, daß diese Gebilde der Arbeiterschaft bisher auch nur das geringste Entgegenkommen gezeigt hätten. Weiter versuchte der Referent durch Herbeibringen der von einzelnen Kartellstellen in den Jahren 1919 und 1920 begangenen Fehler nun den Beweis dafür zu erbringen, daß der Afabund parteipolitisch nicht neutral sei, obwohl er selbst zugeben mußte,

daß durch die Satzungen des Afabundes die parteipolitische Neutralität nach jeder Richtung hin gewährleistet ist. Er glaubte aber seine Behauptungen darauf stützen zu können, weil der Afabund gegen diejenigen Kartellstellen, die nun in den oben bezeichneten Jahren einmal die Satzungen verletzt haben, nicht scharf genug vorgegangen sei.

Aus seinen ganzen Ausführungen ging hervor, daß es ihm nicht im geringsten darum zu tun ist, die Interessen der Werkmeister zu vertreten und deren wirtschaftliche Lage zu verbessern, sondern daß es ihm lediglich darauf ankommt, die große

Der Deutschnationale pfeift, die Kommunisten tanzen!

Wie das schamlose Verhalten der Kommunisten zum Sturze des Kabinetts Braun-Severing geführt hat, beweist folgender bezeichnender Zwischenfall:

Als am Mittwoch den 21. Januar, nachmittags, der Abgeordnete Grzesinski in der Sitzung des Landtags mit dem kommunistischen Fraktionsführer, Abg. Pies, einige Worte wechselte, kam der deutschnationale Abgeordnete Graf (Anklam) vorüber und sagte zu dem Abgeordneten Graf: „Herr Pies, am Freitag müssen Sie aber besser auf dem Damme bei der Abstimmung sein als heute. Es fehlen ja eine ganze Menge von Ihnen! Worauf Herr Pies sagte: „Es wird schon gehen!“

Kann man sich ein schamloseres Verhalten für eine Arbeiterpartei vorstellen als das der Kommunisten, die, um Preußen den Junkern auszuliefern, sich nicht schämen, zu Latzian der Deutschnationalen zu werden! —

geschlossene Berufsorganisation des alten Deutschen Werkmeisterverbandes in Düsseldorf zu zersplittern.

In der dem Referat folgenden Diskussion wurde ihm dieses auch auf den Kopf zugefügt. Das Vorstandsmitglied des Deutschen Werkmeisterverbandes Kollege Schellhase (Magdeburg) war in der glücklichen Lage, den Versammelten einen Artikel des Referenten vorzulesen, den dieser den Leipziger Zeitungen anlässlich der 40ten Wiederkehr der Gründung des alten Deutschen Werkmeisterverbandes Düsseldorf zugefickt hatte. In diesem Artikel gibt der Referent selbst zu, daß der Verband, den er jetzt auf das schmutzigste bekämpft, seit seiner Gründung für die Fehlung des Werkmeisterstandes eingetreten ist. Auch die übrigen Diskussionsredner wiesen in ihren Ausführungen darauf hin, daß der Referent nur mit Lügen und Verleumdungen gegen den Werkmeisterverband und den Afabund ankämpft und wurde ihm in ziemlich derben Worten gesagt, daß er derjenige sei, der durch seine Ministerarbeit nicht nur die Interessen der Werkmeister schädigt, sondern die der gesamten Arbeitnehmerschaft.

Die Ansicht der Magdeburger Werkmeister gegenüber den Ausführungen des Referenten kam in einer von dieser eingebrachten und angenommenen Entschlieung eindeutig zum Ausdruck. Dieselbe hatte folgenden Wortlaut:

Die am 2. Februar 1925 in Kortes Bierkeller versammelten Werkmeister Magdeburgs lehnen die Ausführungen des Referenten Kubach (Leipzig) mit aller Entschiedenheit ab, da derartige Ausführungen nur dazu beitragen, Zersplitterung in die geschlossene Front der deutschen Werkmeister hineinzutragen.

Hierdurch wird nicht nur der deutsche Werkmeisterstand, sondern auch die gesamte Angestelltenbewegung auf das schwerste geschädigt.

Die Werkmeister Magdeburgs erklären einmütig, auch weiterhin ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Werkmeisterverband Düsseldorf die Treue zu wahren.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Werkmeisterverband Düsseldorf verließen dann die Magdeburger Werkmeister das Versammlungslokal. Wir glauben nicht, daß der Referent den Mut haben wird, nach diesem Versammlungsverlauf hier in Magdeburg nochmals den Versuch zu unternehmen, einen Teil in die geschlossene Front der Magdeburger Werkmeister zu treiben. —

Reichsbanner

Die Quartierlisten müssen so fort im Bureau Große Münzstraße Nr. 3 abgeliefert werden.

Die Listen werden sofort gebraucht. — Nachmeldungen in den einzelnen Bezirken können trotzdem entgegengenommen werden. —

Kind und Alkohol.

Alles, was uns lieb und wertvoll ist, suchen wir vor Schädigungen zu bewahren.

Das wertvollste aber von allem, was wir besitzen, ist das Kind. Der Kinnstgegenstand ist tot. Wie er ist, so bleibt er. Das Kind aber, es ist etwas, mit dem ich mich unterhalten kann, wenn ich nur die rechte Sorge darum trage, wenn ich es vor allen schädigenden Einflüssen bewahre.

Zu solch schädigenden Einflüssen gehört unter allen Umständen der Alkohol.

Aufgeklärte Eltern haben überdies schon gut vorgearbeitet, ehe das Kind, ihr heiligstes Gut, zur Welt kam.

Ihnen war bekannt, daß Alkohol ein starkes Protoplasma Gift ist, also auch schädigend auf die Keimzellen wirkt. Tierversuche haben ergeben, daß Alkohol bei diesen für die Nachkommenschaft zur Folge hatte: verminderte Fruchtbarkeit, erhöhte Totgeburten, erhöhte Sterblichkeit der Jungen, Heiner Wuchs, Schwächlichkeit, Neigung zu Krämpfen bei denselben. Rassenzüchter verwenden gern Alkohol oder Nikotin (nebenbei bemerkt ist Nikotin ein 200mal so starkes Gift wie Alkohol), um die nachfolgende Klasse im Zwergzustand zu haben. Der Name „Schnapshund“ für die kleinen Wesen dürfte wohl allgemein bekannt sein. Dr. Klaut (München) untersuchte 29 Trinkerfamilien. Hier stellte er 33 Fehlgeburten fest. Von 183 Lebends-

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Duxau. Heute Donnerstags abend 8 Uhr Frauenabend bei Meier Wulststraße. Ref.: Redakteur Müller.

Am Freitag abend 8 Uhr Mitglieder-Versammlungen

Bezirk Sudenburg in den „Sudenburgers Festsälen“. Referentin: Frau Hartmann.

Bezirk Rothenfelz bei Zeurich. Referent: Stadtverordneter Miel.

Bezirk Cracau im „Eldgarten“. Referent: Stadtverordneter Bach.

Bezirk Wilhelmstadt. Am Sonntag abend 8 Uhr Heiterer Frauenabend im Hotel Wilhelmstadt.

geborenen starben 80, von den übrigen waren 85 nervös, 12 schwachsinzig, 8 blödsinnig und 8 epileptisch, also 88 geistig nicht normal. Von den 40 geistig gefunden waren 6 schwachsinzig und in der Entwicklung zurückgeblieben, 7 rachitisch, 3 Strophulös und 1 tuberkulös.

Der Alkohol übt seine zerstörenden Wirkungen am verheerendsten auf die feinsten Protoplasmatelle, namentlich auf das Nervenprotoplasma, da übt er eine so starke Anziehungskraft aus, daß dessen Moleküle zerreißen. Dadurch werden ganze Nervenbahnen außer Funktion gesetzt. Kein Wunder, wenn Kinder, die Alkohol bekommen, in ihren Leistungen zurückbleiben. Dazu folgende Tabelle nach Feder:

Genisuren im Gesamtschritt: Table with columns for Alkoholgenuss (gar nicht, täglich einmal, eigtl. Trinker) and four categories (I, II, III, IV) with corresponding percentages and a 'Durchschnittszensur' column.

Es besteht also kein Zweifel: Der Alkohol ist in jeder Hinsicht für die körperliche und geistige Entwicklung unserer Kinder ein Hindernis. Darum, Mütter, schützt eure Kinder, euer wertvollstes Gut! —

Der Sozialismus in der Weltliteratur. Am Sonntag hat über dieses Thema im Saale des Franke-Jugendheims Genosse Penneberg einen Vortrag. Der Vortrag wird umrahmt von Rezitationen. Die Veranstaltung wird getroffen vom sozialistischen Bildungsausschuß. Sie ist in erster Linie für die Jugend gedacht, sie wird aber auch Erwachsenen viel bringen, die bemüht sind, die geistige Weltbedeutung des Sozialismus zu erkennen. Die sozialistische Idee hat Ausdrück gefunden in den Werken wirklich großer Dichter aller Zeiten und Völker. Der Vortragende wird darüber interessante Aufschlüsse geben. —

Fußtritte — kein Erziehungsmittel! Wegen boshafter Behandlung war B. von der Strafkammer in Detmold verurteilt worden, weil er einem Kinde von 7 Jahren einen Fußtritt in den Rücken versetzt hatte. Die Revision wurde vom Reichsgericht verworfen, indem u. a. ausgeführt wurde, nach der Feststellung des Landgerichts habe B. gewußt, daß der Fußtritt ohne vernünftigen Zweck einem Kinde von dem Angeklagten versetzt worden ist. Als Erziehungsmittel kann ein Fußtritt nicht angesehen werden. Der Fußtritt ist dem seiner Obhut anvertrauten Kind ohne Grund in den Rücken versetzt worden, indem B. aus Neigung zu grundloser Mißhandlung, aus Lust an fremdem Schmerz handelte und über den Rahmen des etwaigen Züchtigungsrechtes hinausging. Er bezweckte lediglich, dem Kind einen ungerechtfertigten Schmerz zu bereiten. Ohne Rechtsirrtum konnte in solcher Handlungsweise das Tatbestandsmerkmal der boshaften Gefinnung gemäß § 223a des Reichsstrafgesetzbuchs erfüllt werden. —

Mätung, Elternbeiträge! Die gemeinshafliche Sitzung mit der Arbeiterwohlfahrt für heute Donnerstag findet nicht statt. Die Notiz unter Magdeburger Angelegenheiten in der gestrigen Nummer ist nur verehentlich veröffentlicht worden. —

Magdeburg als Kongressstadt. Die nächste Preisfeststellung mit: Während der Dauer der „Magama“ in der Zeit vom 14. bis 20. März 1925 findet in Magdeburg die Generalversammlung des Reichsbundes der deutschen Spirituosen-Industrie (Sauerland) statt. —

Herabsetzung des Brotpreises. Mit Wirkung vom Freitag den 6. Februar wird der Brotpreis auf 75 Pfennig ermäßigt. —

Verletzung. Regierungs- und Schulrat Kötter, der am 1. Oktober 1924 nach Königsberg i. Pr. verlegt wurde, ist vom 1. April 1925 in gleicher Eigenschaft an die Regierung von Pötsdam verlegt worden. —

Als Unterstützungsschwunder hat sich der 41 Jahre alte Arbeiter Ernst Liniger aus Magdeburg in letzter Zeit hier wiederholt bemerkbar gemacht. Er verwehrt es ganz besonders Geistlichen gegenüber die Schuldlosigkeit vorzutun. Liniger ist jetzigenm. Der Polizeipräsident — Kriminaldirektion — warnt vor ihm für den Fall, daß er nach seiner Entlassung die Verführereien fortsetzen sollte. —

Gestohlen wurden aus Gärten an der Friedrichsruher Straße 15 verschiedene Früher; aus einem Keller in der Sellertstraße 20 Pfund Butter, 9 Pfund Schmal; und 250 Gr. —

Festgenommen wurde der Ebereschke jeter Herrn. Zawijs, der am 2. d. M. aus einem Hausflur in der Vi-mauchstraße ein Fahrrad gestohlen hatte. —

Vermißt wird seit 10. v. M. der 16 Jahre alte Arbeitsburche Michad Soagil, Georgenstraße 12. Er ist mäßig od. untrübt, blond und war bekleidet mit brauner Dreieckschoppe hellgrauen Rock blauer Hüty. Angaben über seinen Verbleib erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion. —

Aus den Gerichtssälen.

Eine Autofalle auf der Landstraße.

Wegen verjuchten schweren Raubes stand der Väter Martin Böse vor dem erweiterten Schöffengericht, der dabei abgefaßt wurde, als er auf der Landstraße nach Lunsersleben Steinbarrikaden baute, um darin Autos abzufangen. Der Angeklagte errichtete quer über die Landstraße mit kleinen Gipssteinen etwa 1 1/2 Meter breite und 30 Zentimeter hohe Hindernisse in etwa 15 Meter Abstand. Er selbst stellte sich mit einer geladenen schweren Maschinepistole an diesen Barrikaden auf, um sich bei günstiger Gelegenheit über seine Opfer zu stürzen.

Zwei Reichswehrladanten hatten den Angeklagten beobachtet, die sofort den Landjäger benachrichtigten und dann gemeinsam gegen die Verbrecher — sie glaubten natürlich es seien deren mehrere — vorgingen. Es gelang ihnen, den Böse festzunehmen, seine Pistole zu beschlagnahmen und ihn ins Gefängnis zu bringen. Trotzdem bestritt der Angeklagte vor Gericht jede Schuld. Er will mit seiner geladenen Pistole dort nur spazieren gegangen sein.

Da der Angeklagte noch wegen eines Diebstahls angeklagt war, gestaltete sich die Verhandlung ziemlich langwierig. Den Diebstahl gibt er zu. Er ist einfach in ein Arbeiterhaus gegangen, in der eine Bekannte von ihm wohnte, der er aus ihrem Koffer etwa 10 Mark stahl und folgenden Zettel dafür hineinlegte: „Liebe Anna! Du wirst entschuldigen, daß ich das Geld genommen habe, aber Du kriegst es wieder. Gruß Martin.“ Das Niederlegen hat aber der Angeklagte vergessen. Das Gericht beurteilte den Angeklagten zu einem Jahre in einem Monat Gefängnis. —

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Bei veralteten Natarchen und Affhma raten wir Ihnen, in der Apotheke, uher: Sufaportefe, Breiter Weg 188, 5. Gramm echten Kagothel-Getraut zu kaufen und durch Aufkochen mit 1/2 Pfund Zucker und 1/2 Liter Wasser eine preiswerte, gute Hustenmedizin selbst herzustellen

Zwei Räuber auf der Anklagebank.

Der nachstehende Gerichtsbericht war schon in einem Teile der Donnerstagsausgabe enthalten. Dort ist aber durch ein Versehen ein Blatt weggelassen; wir bringen deshalb die Verhandlung noch einmal.

Die Berufungsinstanz verhandelte am Dienstag gegen die Brüder Willi und Paul Straube aus Aken, die vom Schöffengericht zu 9 bzw. 6 Jahren Zuchthaus wegen schweren Raubes verurteilt waren. Staatsanwalt und Angeklagte hatten Berufung eingelegt. Willi Straube hat insgesamt etwa 15 Jahre Zuchthaus vor sich und wird sich außerdem noch wegen eines Schiffermordes in Aken vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. Da Willi Straube in der vorliegenden Verhandlung rabiat wurde, insbesondere versuchte, dem Vorsitzenden mit einem Revolverpult zu Leibe zu gehen, mußte er gefesselt auf der Anklagebank Platz nehmen. Zur Anklage steht ein

Raubüberfall auf das Forsthaus Ohlberg

bei Aken, den Willi, Paul und Franz Straube gemeinschaftlich ausführten. Die Räuber stiegen durch ein Fenster ein und nahmen das Geschloß von zwei Schweinen mit, außerdem (Kardrobe und Wäsche, wobei ihnen in die Hände fiel. Als sie mit ihrer Beute entweichen wollten, wurde der Förster nach, versuchte sich ihnen entgegenzusetzen, wurde aber mit vorgehaltenem Revolver und mit den Worten: „Hände hoch, oder ich schieße!“ in Schach gehalten. Der Förster zog es vor, um sein Leben zu sichern, langsam zurückzugehen. Die Räuber riefen darauf ab. Als der Förster den Fischen in der Dunkelheit mehrere Gewehrschüsse nachsandte, erwiderten die Räuber mit Revolvergeschüssen, so daß in der Nacht ein regelrechtes Feuergefecht entstand.

In der ersten Instanz waren Paul und Franz Straube geschuldig und nannten ihren Bruder Willi als den Anführer dieser Geschichte. Während der Untersuchung hat Willi Straube seine beiden Brüder durch Kaffiber verurteilt, daß sie in der Berufungsinstanz unbedingt auszusagen müssen, daß er unschuldig sei. Diese Kaffiber wurden abgenommen, und nicht unwichtig ist, in welcher Art er schriftlich mit seinen Brüdern verkehrte. So macht er einem seiner Brüder, den er „Matikopf“ nennt, den Vorwurf, daß er schuld sei, daß er

„15 Jahre auf die Hochschule“

müßte. Er gibt ihnen Ratsschläge, wie sie sich zukünftig zu verhalten hätten. „Ihr schlaßt halb, so kann das nichts werden. Ihr müßt 1000mal sagen, daß ich unschuldig bin. Nur nicht viel erzählen. Wer viel erzählt, muß viel beantworten. Was glaubt ihr, was Deutschland zahlen muß, wenn ich frei komme. Mein Name wird weltberühmt. Zeigt ihnen die Fährte. Laßt uns die Hände reichen, dann kann mir nichts passieren und ich komme frei. Wenn ihr herauskommt, ich jorge für Euch.“ So lautet ein Kaffiber nach dem andern. Nach der Tat ist Willi Straube nach Frankreich geflohen. Von dort aus sandte er mehrere Briefe, in denen er von den Richtern als von Galunien spricht. In einem andern Briefe schreibt er einem Verwandten, der ihn vor Gericht belahet hat: „Verrat gegen Verrat. Wenn Du Deine Aussage nicht zurücknimmt, dann nehme ich auf Euch alle meine Rache.“ In einem andern Briefe schreibt er, daß er sich in Frankreich sehr wohl fühle und daß sie für ihn alle Hoffmann heißen können.

Es kam aber anders. Als der Schiffermord herauskam, wurde Straube von der französischen Regierung ausgeliefert. Vor Gericht bekennt er nach wie vor seine Mittäterschaft. Auch seine Brüder sind nunmehr umgefallen und meinen, daß Willi nicht dabei war. Aus seinen Briefen geht aber ohne Frage hervor, daß er sich der Tat selbst beizuhilft und Zeugen sucht, die seine Unschuld bezeugen sollen. Der Staatsanwalt hat beantragt die Strafe bei Willi Straube auf 12 Jahre Zuchthaus und bei Paul Straube auf 5 Jahre Zuchthaus herabzusetzen. Das Gericht verwirft beide Berufungen, so daß es bei den Strafen von 9 und 6 Jahren Zuchthaus verbleibt. Die Angeklagten wollen gegen das Urteil Revision einlegen.

Kleine Chronik.

Traub' und Leid eines Heiratschwinders. Ungewöhnliches Glück bei Frauen hatte ein Heiratschwinder, der von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen wurde. Der 31 Jahre alte Oskar Beder heiratete sich früher als Geschäftsführender, aber mit wenig Erfolg. Auch mit dem Horowitzstollen ging es ihm nicht viel besser. Da legte er sich auf den Heiratschwinder, was hier heute er mehr Glück. „Der jähne Oskar“, wie er sich gern nennen ließ, hatte bald an jedem Jünger eine Frau. Jünger und junge Mädchen riefen sich um ihn, zumal er ihnen versprach, daß er eine bedeutende Zukunft vor sich habe. In einem Falle kam es dazu, daß Mutter und Tochter sich einig weichen, weil beide ihn begehrten. „Der jähne Oskar“ aber, der eine würdige Frau hatte, dachte gar nicht daran, eine der andern zur Frau zu nehmen. Er bog sich damit, diesen Frauen alles abzuladen, was sie an barem Geld und Schmuck-

sachen besaßen. Mehrere zeigten ihn endlich an, nahmen aber alles zurück und erklärten sich für nicht geschädigt, sobald sie ihm gegenübergestellt wurden. Eine Träne im Auge des schönen Mannes genügte, um sie verjählich zu stimmen. Auch seine richtige Braut will nicht von ihm lassen. Eine Verborgene jedoch blieb fest und hielt ihre Anzeige aufrecht. So mußte Beder in Gewahrsam bleiben. Seine „Bräute“ aber suchten ihm hier das Leben möglichst zu erleichtern. Eine nach der andern bringt ihm die schönsten Lederhosen. Alle scheinen sich nach einem bestimmten Plane verabredet zu haben.

Eine Falschmünzerverfälschung ausgedeckt. Schon längere Zeit wurde von der Berliner Kriminalpolizei ein Mann beobachtet, der in kleineren Geschäften falsche silberne Einrentenmarkstücke in Zahlung gab. Die Beamten stellten fest, daß es sich um den 59 Jahre alten Mechaniker Karl Humboldt handelte. Ueberraschend fielen sie in dessen Wohnung, in der Landwehrstraße 5/6, ein. Nach kurzer Durchsuchung fand man alles, was zur Herstellung von falschen Einrenten dienen konnte, das vor. Ebenfalls wurde falsches fertiges Silbergeld gefunden. Das Falschgeld ist kennlich nur an dem Rande. Dort fehlen die bei den echten Geldstücken vorhandenen kleinen Zweige und Bäumchen.

Neue Schandtatens Deute aufgedeckt. Die Nachricht, daß der Münsterberger Mörder Deute vermutlich auch ein junges Mädchen aus Breslau getötet hat, findet ihre Bestätigung. Ferner wird neuerdings als gewiß angenommen, daß der Majenmörder noch mehrere Frauen und Mädchen ermordet hat. Unter andern rechnet aller Wahrscheinlichkeit nach eine Frau zu den Opfern, die vor 15 Jahren in Münsterberg plötzlich verschwand. Seinerzeit wurde auf freiem Feld ein weiblicher Leichenteil aufgefunden. Dieses Feld gehörte damals dem Majenmörder. In dieser Angelegenheit hat ein gewisser Frauemann bereits fünfzehn Jahre Zuchthaus verbüßt. Bei seiner vor kurzem erfolgten Entlassung beteuerte er wieder, wie in den langen Jahren seiner Haft, seine völlige Unschuld.

Bereins-Kalender.

Freie Turnererschaft Gracau. Am Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung in der Turnhalle.
Turnverein für Feuerbestattung, Bezirk Friedrichsplatz-Berlin. Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, Besitztversammlung in Grotmanns Garten.
Turnverein Richte Magdeburg. Große Probe am Sallenborstest am Sonntag den 8. Februar Turnhalle Dreienstraße. Am 9. Uhr Stabübungen. 9.30 Kinder, 10 Uhr Turnerinnen Schwabübungen. [348]

Briefkasten.

Berichterstatter kurz. Wir haben für die Vorträge genügend Propaganda gemacht, so daß wir — auch mit Rücksicht auf den Platzmangel — den langen Artikel im totalen Zeit nicht veröffentlichen können.

Warenmärkte.

Magdeburger Produkten-Börse vom 4. Februar.

Die Preise verließen sich in Goldmark. Weizen 11.80 — 12.00 Tendenz flau. Roggen 11.90 — 12.10. Tendenz ruhiger. Sommergerste 18.00 — 18.50. Tendenz leichtestes. Wintergerste —. Safer 10.70 — 10.90. Tendenz ruhig. Mais 11.85. Tendenz stetig. Wintererbsen 11 — 15. Tendenz geschäftlos. Alles nur 50 kg. Tendenz stetig. Weizenmehl 31.50 — 33.50. Tendenz matt. Roggenmehl 70 Prozent 35.00 — 37.00. Tendenz matt. Für 100 Kilogr. einschließlich Sach. Weizenmehl 8.60 — 8.80. Tendenz fest. Roggenmehl 8.40 — 8.50. Tendenz fest. Alles für 50 Kilogramm ab Verladung.

Notierungen in Kolonialwaren.

Gemäß der Verkehrsage an der heutigen Börse in der Handelskammer zu Magdeburg wurden in Kolonialwaren und Landesprodukten folgende Preise für 50 Kilo bei Besuden größerer Mengen im Verkehr zwischen Importeuren, Exporteuren und Großhändlern ermittelt:

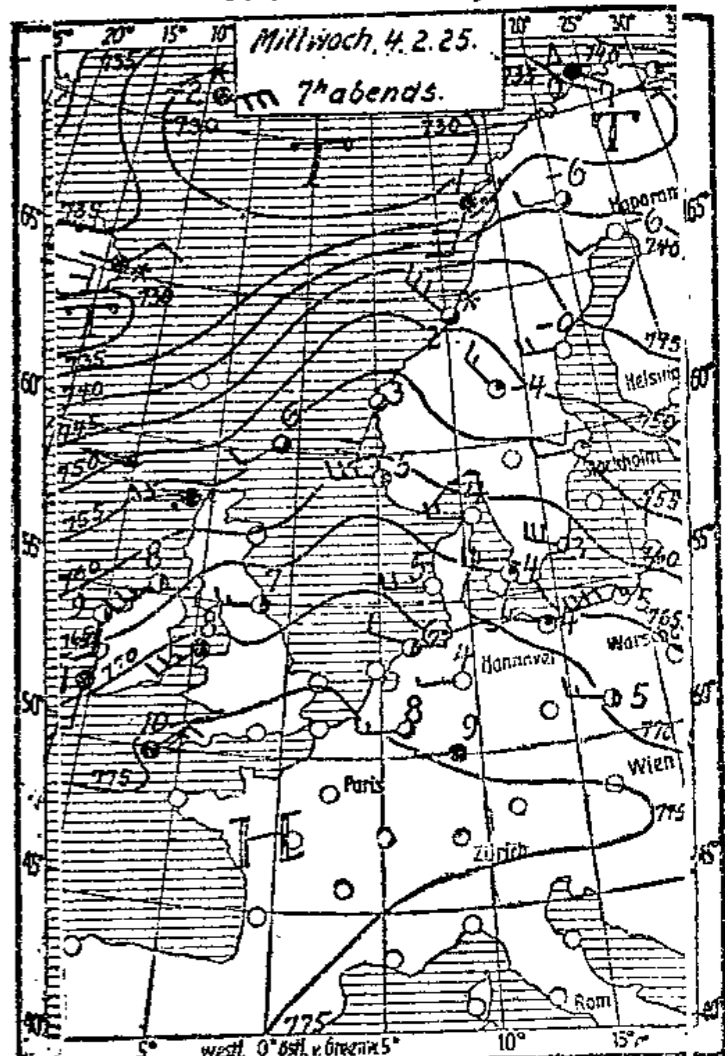
(Die Preise verstehen sich in Goldmark.)

Mühlensfabrikate:	
Gerstengraupen, Loje	20.75 — 21.50
Safermehl	19.50 — 20.50
Safergrübe	20.50
Sehengries	20.50 — 21.50
Starrgries	24.50 — 26.50
Karottmehl	19.00 — 20.00
Schnittmehl	27.00 — 30.00
Maltaron	30.00 — 35.00
Reisstärkepulver	18.50 — 20.00
Getreide:	
Weizen	18.50 — 20.00
Erbsen, Victoria	17.00 — 20.00
Erbsen, russische	22.50 — 25.00
Reis:	
Wangdon-Reis	17.25
Reis-Niss	23.00 — 24.00
Reis-Niss	13.25 — 14.50
Frucht:	
Präparat	33.00 — 37.50
Kerzen	51.00 — 55.00
Wachsen	35.00 — 38.00
Saltanien	35.00 — 38.00
Wandel, russ.	163.00 — 220.00
Wandel, russ.	180.00
Gewürze:	
Pfeffer, schwarz	90.00 — 105.00
Pfeffer, weiß	150.00 — 170.00
Piment, Jamaica	75.00 — 80.00
Kaffee, roh:	
Guatemala vfm.	215.00 — 230.00
Prima Santos	204.00 — 218.00
Superior Santos	197.00 — 202.00
Gerste, gebrannt	19.00 — 20.25
Kakaopulver	52.50 — 110.00
See	275.00 — 350.00
Speiseöl	57.00 — 60.00
Tabak	59.00 — 60.00
Tabak, tob (Bado)	48.00 — 49.00
Paragumme	
Schmalz, am. Pur.	85.00
Karmelise	28.00 — 30.00
Kunstbonig	29.00
Corned beef, amerik.	12 1/2 lb je Kiste 33.00 — 37.00
in Kisten je 12 Dosen à 6 Pfund netto	
Serlinge pro Tonne:	
Schwedische	58.00 — 75.50
Norwegische	22.00 — 26.50
Schweizerische	60.00 — 68.00
Deutsche	36.50
Sirup:	
Zuckerirup	29.00 — 29.50
Schleierirup	22.00 — 32.00
Robenirup	12.00 — 22.00

Wasserstände.

Ort	Stunde	Wasserstand	Ort	Stunde	Wasserstand
Hardwitz	4. 2.	—	Üben	4. 2. + 0.40	—
Brandts	—	—	Gaate	—	—
Reinit	—	—	5. 2. + 2.08	—	—
Behmeritz	—	—	—	+ 2.92	—
Wassau	—	—	—	—	—
Breslau	5. 2. + 1.80	0.40	—	+ 1.88	0.02
Sorgau	+ 1.79	—	—	+ 1.60	0.3
Wittenberg	+ 1.22	—	—	+ 1.94	0.04
Wostau	—	—	Havel.		—
Aken	—	—	Brandenburg	4. 2. + 2.20	—
Barby	+ 1.01	0.12	—	—	—
Magdeburg	+ 1.16	0.08	Brandenburg	—	—
Sangermhnde	4. 2. + 1.82	—	—	+ 1.00	—
Wittenberge	+ 1.30	—	—	—	—
Senzen	—	—	—	+ 1.65	0.01
Ölmitz	—	—	—	—	—
Salchau	—	—	—	+ 0.47	0.05
Volzenburg	—	—	—	—	—
Sohnstorf	+ 0.86	—	—	—	—

Wetterbericht.



ERKLÄRUNG: O wolkenlos, O halbbedeckt, O wolkig, O bedeckt, O Regen, * Schnee, ∞ Dunst, = Nebel, R Gewitter, Δ Graupeln, A Hagel, S sehr leicht, L leicht, O Schwall, O mäßig, O frisch, O stark, O steil, O stürmisch, O voller Sturm. Die Pfeile zeigen mit dem Winde die eingezeichneten Linien (isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Der gestern einströmende etwas kühlere Luft folgt vom Westen her bereits wieder eine mildere Luftströmung, die im Zusammenreffen mit den über dem Kontinent liegenden Luftmassen Wolken und später auch Niederschlag erzeugt. Von Nordwesten her bringt jedoch über Schottland bereits abnormale höhere Luft vor, die unser Gebiet in der kommenden Nacht oder Freitag früh erreichen und die Temperaturen von neuem um einige Grade heben wird. An der Südküste der großen nördlichen Depression scheint sich über Skandinavien ein neues Tief auszubilden, unter dessen Einfluß das Wetter recht unruhig werden wird. Ausichten für Freitag: Böige westliche bis nordwestliche Winde, kühler (Temperatur gegen Mittag um + 4 Grad), Niederschläge in Schauern, in den mittlern Gebirgslagen groß.

Miguel Tabletten



Wenn Sie Flecke in Altem haben, gibt es nichts Besseres als Benzijf-Seife. Und zum Aufweichen von alten Angigen und Kleiden aller Art ist Benzijf ganz vorzüglich. Schwunige Nachfragen oder schmutzige Hände an den Händen sind durch Benzijf leicht zu reinigen. Jeder der Benzijf einmal gründlich anprobirt hat ist entzucht von der hervorragenden Wirkung.

Sie den

Karneval:

Masken = Kostüme

Carlatan
Masken
Stirnbänder
Ohrringe
Schellen

Anfertigung von Masken-Kostümen in kürzester Zeit in eigenen Ateliers

Blumen für Ball und Karneval
Bauern-Trachten

Modenschau

Lange & Münzer

Becker Weg 51/52

Satin
Atlasse
Kunst-Seide
sowie
jämil. Zutaten für Masken-Kostüme!

Auch Sie müssen die einzige legalisirte Wogenschrift

Die Glocke

lesen. Verlangen Sie sofort die Zustellung dieser herausgegebenen Zeitschrift von ihrer Zeitungsträgerin.

Jede Woche nur 30 Pfennig

Buchhandlung Volksstimme.

Widlich und unersartet entzucht heute nach meine innigste Liebe Frau meine liebe Tochter und meine gute Schwester, Schwägerin u. d. Sante Frau

Marie Klobe

geb. Behrends
im 30. Lebensjahr.
Im Namen aller Hinterbliebenen

Karl Klobe,

Magdeburg-N., Wasserluststraße 21.
Beerdigung am Sonnabend 2 Uhr auf dem Hauptfriedhof.

Mode-

Zeitschriften, Alben und Saison-Führer aller Art bezog. Sie durch die

Buchhandlung Volksstimme

Gr. Münst. 3.

Allen Verwandten und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß am 2. Februar unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, der Zigarrenmacher

Oskar Fischer

im Alter von 67 Jahren nach einer schweren Operation laßt entschlafen ist.

Am stille Teilnahme bitten

Sie trauernden Hinterbliebenen:

Adolf Fischer nebst Frau
Walter Fischer nebst Frau
und Kinder
Max Fischer nebst Frau
und Kind
Karl Schuke nebst Frau
geb. Fischer
Hermann Jung nebst Frau
geb. Fischer.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Hauptkapelle des Westfriedhofs aus statt.

Circus Straßburger

Magdeburg, Blumenfeld-Gebäude
Telephon 8707.

Wieder-Eröffnung

Sonnabend **7. Februar**
abends 7 1/2 Uhr
dann weiter täglich 7 1/2 Uhr,
jeden Sonntag, Mittwoch und
Sonnabend, auch 3 1/2 Uhr

Eine Auslese der größten der-
zeitigen und für Magdeburg
völlig neuen Sensationen!

Ein Programm, welches alles
bisher in Magdeburg Gehörte
weit übertrifft und jedes
Nummer garantiert zum ersten
Male in Magdeburg!

Diavolo Looping

in der offenen Schleife

4 Franklins 4
Lebende Guambille

Therese Renz
Die weltberühmte Schulleiterin

Neuartige Reitakte
Frl. Kühl und Herr Fred

Gy. Corros
Der große Zauberer

Kunst- und Dauertaucher
Kapitän Walls
16 Krokodile
Kampf mit Niesan-Krokodilen unter
Wasser

Fliegende Funken
Laatz elektr. Demonstrationen

L. u. P. Lee
Schwebende Musik

12 Romanos 12
Größter Gladiatoren-Akt
der Welt

**Maxoni, Marvely,
Barlow, Zanden, Pavey**
deutsche Manege-Komiker, vorzüg-
liche Springer und Kaskadure

Olschansky
der Nestor
der Spasmacher Dänemarks

12 Kamele
Vor 4 Wochen aus der kirgisischen
Steppe frisch importiert, dressiert
von Paul Bania

**Edwardo
u. Gestedt**
skandinavische Clowns

Bin-Bom
russische Musik-Humoristen

Meisterdressur Hugolettys
Neudressiert: 12 Trakehner Rappen,
8 schwerste Dünen usw.

Eisballett Charlotte
eine künstliche Eisbahn in d. Manege

Billy Jenkins-Co.
die große Cowboy-Schau

Anfang der Abendvorstellungen 7 1/2
Uhr, der Nachmittagsvorstellungen
3 1/2 Uhr. Einlaß 1 Stunde vorher.
Kinder nur wochenlangsnachmittags
halbe Preise! G.-schloss. Schulklassen
Vorzugspreise. Anmel. lang erbeten.

Verkehrsverein: Breiter Weg
Nr. 166. Telephon 1374 und
8730, an der Circuskasse von 10
bis 1 Uhr und eine Stunde vor
Beginn der Vorstellung

**Dressur-Proben, Tier-
schau täglich 10-1 Uhr**
Sonntags vormittags (Pony-
und Kamele, ten für Kinder

Volkstümliche Eintrittspreise!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer

Zu dem vom 20. bis 22. Februar dieses Jahres in Magde-
burg stattfindenden

Bundesfest

zu dem aus allen Gauen Deutschlands und dem befreundeten
Ausland hunderttausend republikanische Kriegsteilnehmer
erwartet werden, gibt der Festausschuß ein

Festprogramm

heraus, das allen Teilnehmern unentgeltlich überreicht wird,
Um der Magdeburger Geschäftswelt Gelegenheit zu geben,
sich bei den kauflustigen Festteilnehmern in Erinnerung zu
bringen, wird dem Festprogramm ein

Anzeigenteil

beigegeben, der allerdings nur einen beschränkten Umfang
haben kann, aus diesem Grunde aber um so wirksamer
sein wird. Reflektanten, die diese günstige Reklame benutzen
und sich einen günstigen Platz in unserem offiziellen Fest-
programm sichern wollen, werden gut tun, sich unverzüglich
mit uns in Verbindung zu setzen. Alle von anderer (zum
Teil gegnerischer) Seite geplanten ähnlichen Unternehmungen
dienen nur rein persönlichen Interessen. Der Bund der republi-
kanischen Kriegsteilnehmer steht ihnen vollkommen fern.
Große Münzstraße 3, 2 Tr. Der Festausschuß

Unsere Spezialmarke



Eigene Fabrikation

Der hohe Wert

meiner fertigen Herren- und Knaben-Kleidung
liegt in der eigenen Fabrikation durch unseren
„EVA“-Konzern, in dem gemeinschaftlichen
direkten Einkauf streng reeller Stoffe und Gut-
terstoffen. Dadurch biete ich Ihnen das Beste
in Qualität und Verarbeitung und das Vorteil-
hafteste im Preise. Jedes Stück bietet Ihnen
Erfolg für Maß. Selbst die Anzüge in den nied-
rigen Preislagen sind haltbar und flott ver-
arbeitet. Meine große Auswahl in allen Ab-
teilungen macht Ihnen die Wahl leicht, und
sollten Sie meine Firma bei Bedarf unbedingt
besuchen.

Herren-Anzüge und -Mäntel in allen Modelfarben
und marnebau, für jede Figur passend, auch für am-
hafte Herren . . . 32.00 45.00 52.00 64.00 72.00 88.00

Jünglings-Anzüge und -Mäntel in blau und
vielen Farben, aus reellen Stoffen hergestellt
24.00 29.00 35.00 40.00 46.00 58.00

Knaben-Anzüge und -Mäntel in Original-Kiet-
Sportform . . . 7.50 9.00 12.00 16.00 22.00 28.00 34.00

Herren-Sportanzüge in Nord-, Manchester und
Wachst . . . 36.00 39.00 45.00 54.00 60.00 72.00

Gummimäntel und bayerische Ledermäntel
vorzügliche wasserdichte Qualitäten
18.00 21.00 28.00 33.00 39.00 44.00

Herren-Hosen in gestreift und Brechesform
4.20 5.50 7.00 9.00 12.00 16.00 22.00

Windjacken in imprägn. wetterfest. Stoffen, in Reife-
ausw. 9.50 12.00 14.00 16.00 18.00 22.00

Berufs-Kleidung für sämtliche Berufe in erprob-
ten Qualitäten am Lager.

Konfirmanden-Anzüge meine vorzüglichen blauen
Figur passend . . . 24.00 28.00 32.00 36.00 42.00 48.00

Gesellschaftskleidung d. S. Frack-Anzüge, Smo-
züge, Entwans u. Westen, in elegantester Ver-
arbeitung, größte Auswahl, vollt. Erfolg für Maß.

Extra-Angebot in vorzügl. Herren-Stoffen
metrischer Verkauf, farbige Anzugstoffe
Meter 3.00 5.00 7.00 10.00 12.00 14.00 16.00 18.00

Schwarze, blaue Rammgarn-Anzugstoffe
und gestreifte
pro Meter 12.00 14.00 17.00 19.00 22.00 25.00

Hosenstoffe in eleganten Streifen und Reiford
pro Meter 6.00 9.00 12.00 15.00 17.00 21.00 24.00

Manchester für Sport- und Knaben-Anzüge
pro Meter 2.50 3.50 3.90 4.20 4.80

Auf meine Maß-Abteilung, welche in Bezug
auf elegante Form und hervorragenden Sit-
etwas Besonderes bietet, mache ich ganz be-
sonders aufmerksam. Großes Lager feinsten
Stoffes.

Heinrich Casper

Magdeburg, Breiter Weg 133.



Jetzt ist es erreicht!
faberhaft billig!
frisch eingetroffen

1a. Bratheringe
4-Pfd.-Dose Mk. 1.50
2-Pfd.-Dose Mk. 1.00
7 1/2-Pfd.-Dose Mk. 2.75
16-Pfd.-Dose Mk. 5.00

1a. Hering in Gelee
2-Pfd.-Dose Mk. 1.05
7 1/2-Pfund-Dose
Mk. 3.50 2.50

**Hollmops und
Bismartheringe**
2-Pfd.-Dose Mk. 1.00
7 1/2-Pfd.-Dose Mk. 3.00

Gabelherring
2-Pfd.-Dose Mk. 1.60
7 1/2-Pfd.-Dose Mk. 1.95

Kniff. Sardinen
2-Pfd.-Dose 90 Pfg.
7 1/2-Pfd.-Dose Mk. 2.60

PrimaCernichone
(Pfefferkörner)
1-Pfd.-Glas 60 Pfg.
1-Pfd.-Glas Mk. 1.00
2-Pfd.-Glas Mk. 1.50
10-Pfd.-Glas Mk. 8.50
1-Pfd. lose ausgewogen
Mk. 1.00

1a. Fett-Rindlinge
Pfund 38 Pfg.
in 5- und 7-Pfd.-Kisten
Sonderpreis

1a. Fettprotten
Pfund 50 Pfg.
Pfund-Netze 55 Pfg.
4-Pfund-Netze Mk. 1.60

Soll. Ranzhering
2 Stück 25 Pfg.
Feinste Matjes
Stück 30 Pfg.

**Riesenauswahl in
la. portmalierten Oel-
sardinen, nur das beste**
2-Pfd.-Dose Mk. 2.50
1-Pfund-Dose
Mk. 1.25-1.35

Knuddeje 29 bis 75 Pfg.
Billigste Bezugsquelle
für Restaurateure und
Wiederverkäufer
Konkurrenzlose Preise.

Hamburger Fischhaus
(Fisch-Richter)
Magdeb., Petersstr. 2
Telephon 9218.

Tombild-Theater

Berliner Straße
Im bayr. Altsitz,
Carmoes-Defertrecht
und Sirel spielt
der fabelhafte
Nomanfilm

Firmenrausch

Harry Sweet
Buchhändler

Ist Liebe nicht
schrecklich

2 tolle Grotesken,
Beginn wochen-
täglich 5 Uhr,
Sonntags 3 Uhr.

Neue Federbetten
p. gewaschen, feder-
neues Gedbett, feder-
rot, Anlett u. mit Sack-
bäumen gefüllt 85 K.,
damen weißer Gänse-
federn gefüllt 40 K., feub-
wenig sehr. Gedbetten
18 u. 22 K., einz. Kopfkiss
5 u. 6 K., a. neue Bettfed-
erhandwebe zu verlauf.
Brenz, Goethestr. 17. pt.

Großer Einführungs-Verkauf

Achtung!

Achtung!

Nur 3 Tage
Freitag
Sonntag
Montag

Jeder Käufer ohne Aus-
nahme erhält einen Luft-
ballon oder eine
Kinderuhr gratis.

Nur 3 Tage
Freitag
Sonntag
Montag

Baumwollwaren

Barchent weiß . . . 1.30 1.10 88
Barchent bunt . . . 1.25 95 85
Hemdentuch . . . 1.25 68 58
Inlette . . . 4.10 3.95 3.45
Zäthen . . . 1.75 1.15 95
Handtuchstoffe . . . 1.10 98 58
Handtücher festig Stück 1.55 1.15 1.05
Zephir für Oberhemden . 1.10 98 78
Schürzenzeuge . . 1.95 1.65 1.25 95

Herren und Damenstoffe

Herrenstoffe 140 cm breit
Cheviots 130 cm breit, reine Wolle 1.50 3.75 3.20
Cheviots doppeltbreit, in vielen Farben . . . 1.75
Popeline große Breite . . . 4.75 3.95 2.45
Rockstreifen neuße Muster . 5.40 3.95 2.30
Blusenstreifen . . . 2.95 1.95 1.65
Schotten . . . 1.85 1.15 85

Leib- und Bettwäsche — Wollwaren

Bettbezüge komplett, mit 2 Kissen 11.75 9.50 8.50 7.50
Bettlaken . . . 4.50 3.25 2.95
Damen-Taghemden 2.55 2.10 1.95 1.65 1.25
Damen-Nachthemden 7.45 6.80 4.50 3.95
Damen-Beinkleider . . . 3.95 2.95 1.95 1.35
Untertailen . . . 2.85 2.55 1.95 1.25
Kinder-Reformhemden . . 1.25 95 85
Einsatzhemden . . . 3.95 2.85
Schürzen . . . 3.45 2.15 1.75
Kinder-Schürzen . . 2.15 1.45 1.15 95

Knaben-Schürzen . . . 1.25 1.10 85
Herren-Socken . . . 1.25 78 52 39
Damenstrümpfe . . . 1.65 1.25 95
Normalhemden . . . 4.95 3.50 2.95
Normalhosen . . . 3.15 2.95 2.45
M.-Barchenthemden . . . 3.00 2.75 2.50
Barchent-Unterröcke . . . 3.75 2.95 1.45
Fang-Jacken . . . 4.50 4.25 3.75
Farbige Garnituren Soje u. Sade 4.00 4.20

Manchester Mk. 2.90

Berufskleidung

Wischtücher 25

Malerkittel . . . 6.50 5.25
Fleischerjacken . . . 8.75 7.25
Arbeitsblusen . . . 4.50 3.65

Setzerkittel . . . 6.75 6.25
Monteurjacken . . . 4.95 3.55 2.95
Pilotenhosen . . . 6.50 4.75

Herren-Konfektion

Herren-Anzüge a. g. Stoff, la. ver- 23.00
Bozener-Mäntel 29.00 21.00 18.50
Gummi-Mäntel . . . 24.00 19.00

Manchester-Anzüge 42.00 37.00 29.25
Windjacken gute Qualität 14.00 10.75 9.50
Herren-Schlüpfer . . . 27.00 22.00

Kaufhaus des Nordens

Ecke Braunschweigstraße Breiter Weg 118 gegenüber dem „Pflaumen“

Zentral-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr

Zigeunerbaron

Musik von Johann Strauß.

Der beliebte Operettentenor
Oskar Neruda
als Gast in der Titelrolle.

Sonntags zwei Vorstellungen
3 1/2 Uhr (kleine Preise) und 7 1/2 Uhr.

Siebenstägiger Kartenvorverkauf
an der Theaterkasse und an den be-
kannten Vorverkaufsstellen.

Reichsbund deutscher Mieter (E.V.)

Ortsverein Groß-Magdeburg

Große Münzstraße 7, 1 Tr.

Auf Grund des § 9 Absatz 1 der Vereins-
satzung laden wir hiermit unsere Mitglieder
zu einer

Ordentlichen

Jahres-Hauptversammlung

am Dienstag, 17. Februar, abends 8 Uhr,
in den Altpädler Bürgerkäfen
(fr. Richards Festäle), Apfelstraße 9, ein.

Sagesordnung:
1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Bericht
der Rentoren und Entloftung, 4. Satzungs-
beratung, 5. Vorstandswahl, 6. Verschiedenes
Am zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.
Hob. Pajemann, 1. Vorsitzender.

Wir bestellen
Ihnen jedes
gewünschte Buch
in kürzester Zeit!
Buchhandlung
Volksstimme.
Magdeburg,
Große Münzstraße 3.

Stadttheater

Freitag den 6. Februar
Anf. 8 Uhr 1. Abend Ende 10 1/2 Uhr
Siegfried.
Darstellung von Richard Wagner.

Sonabend den 7. Februar
Anf. 7 Uhr 2. Abend Ende 11 Uhr
Die heilige Johanna

Sonntag, 8. Februar, vorm. 11 1/2 Uhr
Literarische Morgenveranstaltung
Sprecher: Gustav Herrmann (Leipzig)
über

Groteske, Parodie u. Satire

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellung!
Sonntag den 8. Februar
Anfang 8 Uhr

Frau Warrens Gewerbe

Drama von Bernard Shaw.
Freitag den 6. Februar
Vorstellung für die Volksbühne, Anf.
8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe,
Drama von Bernard Shaw.

Warum so billig?

Weil Sie direkt in der Fabrik kaufen!
Bett eichenartig, m. Stahldrahmatrabe 50
Holzunterbett, la. weiß, mit Matrabe 27.
Hofreformbett, la. weiß lackiert . . . 27.
Hofbettstelle, idwene englische Form . 36.
Aufgematrasen in jedem ac. 16.
Sachtrahmatrasen! mündeten Maß 13.
Reiderstränge u. Kleider-Waschschäume,
komplette Schlafzimmer zu wertlich erkauft.
bitrigen Preisen bei günstigsten Bedingungen
Einfach, gutes saubere Arbeit v. 42. an
Geringe Anzahlung, Bequeme Abzahlung.

Fabriklager: Tischlerbrücke 11.
Wilhelm Heil, Vertreter.

Schönebeck

Restaurant z. Steinhalle

Steinstraße 51.

Bringe meine Lokalfitäten in frdl. Erinnerung.
Auswahl erstklassiger Biere und Spirituosen in einwand-
freien Qualitäten zu billigen Preisen.
Gutes Billard sowie Vereinszimmer.
Fernruf 709 244. Grundl. labor ein Walter Fischer.



Kammerlichtspiele

An Rheinlands Not an Deutschlands Not

erinnert der einzig dastehende Monumentalfilm

Volk in Tränen

ein Werk, das an dramatischer Wirkung unerreicht dasteht

Jeder deutsch Dentende, gleich welcher Partei, muß diesen Film sehen!

Kein Film kann so tieflich unser Fühlen so sehr rühren wie die Geschichte der armen Flamen, die vom spanischen Joch unterdrückt, ihre ganze Freiheit zu verlieren scheinen. Die Leidensnacht dieses Volkes, durch die das hohe Lied der Liebe wie eine erwärmende Sonne zieht, rührt in Bildern und Titeln unmittelbar an die aktuellen Schicksale Deutschlands. Mit um Ist steigert sich durch die geniale Darstellung der Hauptspielerin

Raquel Meller

die in wenigen Monaten zu den auserwählten Lieblingen auch des deutschen Volkes gehören wird.

Tiere sind Menschen

ein Film, wie er noch nicht da war!

Alle Darsteller sind Tiere.

Der Film wurde mit unüßglichen Mühen innerhalb 3 Jahren hergestellt.

Die neueste Deulig-Woche.

Beginn wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.



Panorama-Lichtspiele

Stuart Webbs

der Fürst der Detektive, in

Die malaiische Dschunke

Das Geheimnis der Kors-Nacht.

Nach langer Zeit wieder ein Detektivfilm voll atemberaubender Spannung und doch von logischem Aufbau in Kriminalroman und Handlung.

Wo ist mein armer Junge heute nacht?

Eine Geschichte von drei Menschen: einem Jungen, der die Welt erleben wollte und zu Hause kam... einem Mädchen, geboren im Himmel im Leben ihr Herz zu verschleimen... und einem Vater, der sein - eine Selbige.

Die Deulig-Woche.

Beginn: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Unsere Heizung ist wieder in Ordnung.

Restaurant Otto Wolters

Wilmersdorfer Str., jetzige Köhler Str. 18, 2. Etz., vom Bahnhof. Telefon 1138. Mittagsmahl ab 12 Uhr 20. 1.5.

Stellenangebote

beides das besten Gehalt in der Volkstimme



APFELSTR.

Raffinierte Aufmachung
Kaufende Feste
Berühmte Frauen
Temperamentvolle Darsteller
Inhaltvolles Sujet

das sind die Vorzüge

des heute erzeugten Kinofilms der Goldwyn-Millionenklasse.



Frauenfeinde

„Die Frauen beherrschen uns, mißbrauchen uns und zerstören das Beste im Manne.“

Lioney Barrymore

eine schlanke, raffige Erscheinung, beherbergt seine Rolle meisterhaft. Sportmann durch und durch, ein ausgezeichneter Regisseur, brilliert er durch vornehmes, fein abgestimmtes Spiel. Ihm zur Seite

Alma Rubens

nicht, wie so viele, nur eine schöne Frau, sondern eine große Könnlerin voll Temperament und Grazie.

In unserm Beiprogramm:

Vetter Bobby, der Schimpanse?

In der Nacht - in der Nacht

2 Filmwerke bestersten Inhalts.

Die neueste Scionon-Auslandswoche

Spielzeit: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Golzes Gesellschaftshaus

Kl. Stadtmarsch 7e
Am Freitag den 13. Februar
Große Gala-Redoute

Eine Rondschelnahrt auf der Eibe und Strandfest.

Achtung! Achtung!
reitag den 6. Februar, ab 8 Uhr abends

Preis-Skat.

Sonntag den 2. Februar

Gr. Preisschiessen

zwei 20 Preise.

Restaurant z. Schoppen

Rogauer Straße 73.

Schönebeck Sohlenleder

im - Ausschnitt
sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel
laufen Sie billigst bei 220

Paul Altwater, Lederhandlung

Schönebeck, Breiter Weg 5.

Zigarren

Geschmack, hervorragende
Qualitäten, äußerst billig!

Rt. 25 Stück 7 Pf. 50 Stück 3.25 Mark
Rt. 40 Stück 8 Pf. 50 Stück 3.75 Mark
Rt. 50 Stück 8 Pf. 50 Stück 3.75 Mark
Rt. 5 Stück 8 Pf. 50 Stück 3.75 Mark
Rt. 50 Stück 10 Pf. 50 Stück 4.75 Mark
Rt. 50 Stück 10 Pf. 50 Stück 4.75 Mark

Tabak-Müller

Fenster, Endberg Straße 9.
Fernersau d. n. -H-Salote 131.

Enorm billig!

Einzelmöbel

eiche oder nussbaum,
schwere hohe Bett-
stellen mit Spira-
u. Schlösserarten,
55-75 Mt. u. eiber-
schänke, zerlegbar,
in 23 Röhre u. Kleb-
Einrichtg., 100-180
breit, 50-115 Mt.
Büchertische
mit Spiegelauflage
65-85 Mt. Büch-
erschänke 25-30 Mt.
Vertikales Epice,
55-75 Mt. Epische
20-70 Mt. Rohr-
stühle, hochl., 6 Mt.
Chaiselongues 30
bis 48 Mt. Tisch-
sofas 90-105 Mt.
Patent-Matratze,
13-16 Mt. Auflege-
matratz. 12-20 Mt.
rumeaus 70 bis
75 Mt. Stuhlgar-
decken 65-85 Mt.
Korbstühle 12 Mt.
Büfett, eich. oder
sehr abart 220-310 Mt.
Stre. eng. eich. oder
dazu passen, sehr
apart, in 175 Mt.
Küchen in 165,
210-110-125 cm br.
70-95 Mt. Anrichte
28-40 Mt.

Stahlrohr-Ver-
stellen w. 110-190
mit Spira- u. An-
legematr. 60-70 Mt.

Rauchtische,
eich. eiche 15 b 40 Mt.

Schreibtische
Diplom., eich. eiche u.
braun, innen 3 Füge
Preis 82 bis 95 Mt.

Aperte Küchen
templ. in forbig und
natur lackiert, 75, 90,
120 bis 300 Mt.

Schlafzimmer-
Speisezimmer.

Auf Wunsch bequeme

Zahlungweise

Anzahl. 15 %

in wöchentl. 14tägl.
oder monatl. Raten.

Ernst

Geissler

Breiter Weg 124, 1.
Saltef. - chro. - r.
Verhand n. auswärts
Egl. geb. 8 1/2 - 1. 2 1/2 - 7

Wiener Gesellschaftshaus
Schönebeck, Froscher Str. 16
empfehle me u. Gast-
Bereitsgimmer und
Saal. 219 W. Fritze.

Gasthaus Anhaltiner Hof

Braunschweigstraße 3

- Tel. 1891 -

Diverse Veranzimmer

bis 100 Personen

Walter Grunow.

Der schönste Wandschmud

Jeden Sonntag

ein neues Bild!

53 Original-
Zeichnungen

und Original- u. voll-
schnitte

deutscher Künstler, mit
Beisen und Gerüchen

unserer Dichter und
Denter

Buchhandlung

Volkstimme

Magdeburg.



Heute zeigen wir den Stolz der deutschen Filmindustrie.

Die Berliner Uraufführung im „Marmorhaus“ stand im Zeichen des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller. Ein tiefgeföhler Prolog von Rudolf Presberger ging der Feier voran. Die Minister und Spitzen der Behörden waren zahlreich erschienen und gaben der Uraufföhörung und somit der Hartleben-Feier das Gepräge einer großen, würdigen und eindrucksvollen Premiere.



Rosen- montag

Eine deutsche Offiziers-Tragödie

in 8 Akten

Nach dem gleichnamigen Roman von O. E. Hartleben

Regie: Rudolf Meinert.

Der Schöpfer dieses Werkes, Herr Rudolf Meinert, ist heute persönlich im Theater anwesend und wird einen Prolog sprechen.

Die Handlung spielt in einer kleinen Garnisonstadt und auf einem Gute in der Nähe derselben vor dem Weltkrieg.

Die Kaste, deren gesellschaftliche Moral und militärischer Ehrbegriff das Verhängnis dieses Leutnants und seiner Geliebten herbeiföhren, ist versunken und trotzdem bann: ihr Schicksal auch den Menschen von heute, denn niemand sprengt ungestraft gegen das Gitter festgewurzelter Begriffe, auch wenn sie andre sind wie damals!

Außerdem zeigen wir

Ein lustiges Beiprogramm.

Beginn der Vorstellungen:

1/2 5 1/2 7 1/2 9

Besuchen Sie bitte möglichst die Nachmittags-Vorstellung, da der Andrang sehr groß sein wird. —

M. F.-V. Fortuna v. J. 1911

E. V.

begeht am 7. Februar, abends 7 Uhr,

im „Wilhelma-Prunksaal“ sein

Kappen-Fest

Restlose Beteiligung unserer Mitglieder erwünscht
Der Vergnügungs-Ausschuß.

Heute Freitag Konzerthaus große Redoute

Grossartige Ueberraschungen! Neue Dekoration! Masken-Garderobe im Lokal zu haben!



Sotenschändung.

Am Sonntag nachmittag wurde auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde ein Denkstein für die verstorbene Genossin Luise Zieg enthüllt.

Die Bezirksleitung traf ihre Gegenmaßnahmen, und so konnte die Feier ungestört verlaufen. Die 'rote Fahne' bringt nicht den Mut auf, ihren Lesern den Zweck der Demonstration des roten Frontkämpferbundes mitzuteilen.

Die Gedächtnisfeier selbst verlief dann ungestört. Kampfgenosserinnen von Luise Zieg feierten das aufopfernde Wirken der alljährlich Verstorbenen für das Proletariat.

Welche politische Verkommenheit gehört doch dazu, eine solche Weisheit zu hören zu wollen?

Internationale der Hanswürste.

Die kommunistische Partei Frankreichs hat soeben ihren Parteitag abgehalten. Kommunistische Parteitage pflegt man hinter verschlossenen Türen stattfinden zu lassen.

Die französischen Kommunisten befinden sich seit Jahren in einem chronischen Zustand der Zerlegung. Sie fanden Ende 1922 vor dem Zusammenbruch, als ihnen das Ruhrabenteuer und die damit verbundenen lächerlichen Verfolgungen einzelner kommunistischer Führer zu neuem Leben verhalf.

Was das städtische Industrie-Proletariat betrifft, muß man besonders seit Kriegsende zwischen den bessergestellten gelehrten Arbeitern und den ungelerten Hülfskräften unterscheiden.

verfügen; Letztere sind zum größten Teil Ausländer, Italiener, Belgier, Polen, Annamiten, Marokkaner usw., und die bilden allerdings für die kommunistische Agitation ein fruchtbares Feld.

Aber neben den soziologischen Gründen sind es vor allem psychologische Momente, die einer Entwicklung des Kommunismus in Frankreich im Wege stehen: der bolschewistische Begriff der

verträgt sich mit dem französischen Charakter und Temperament wie das Feuer mit dem Wasser. Deshalb war auch seinerzeit, Ende 1920, bei aller Begeisterung der französischen Sozialisten für die russische Revolution nur ein Teil der Partei unter das Joch der 21 Moskauer Bedingungen getreten.

Indessen trat das Unvermeidliche ein: Wenn Langusten längere Zeit ohne Fraß in einem Korb gelassen werden, dann freieren sie sich selbst schließlich gegenseitig auf.

bei Sinowjew, es wurden heimliche Delegationen nach Moskau geschickt, um die andern zu entlarven, und so herrschte bereits das tollste Durcheinander, als in Moskau die Trozki-krise ausbrach.

Die Kunst der kommunistischen Oberbunzen aller Länder besteht darin, auf das richtige Pferd zu setzen, wenn es in Moskau zu einem Konflikt zwischen zwei Richtungen kommt. So wie die Brandler, Thalheimer und Genossen in der deutschen kommunistischen Zentrale seinerzeit dafür büßen mußten, daß sie auf Kadeb und nicht auf Sinowjew gekippt hatten, so begingen Soubarine, Dunois und Genossen den schicksalsschweren Irrtum, Partei für Trozki zu ergreifen.

haben, rücksichtslos auszumergen. In der deutschen Partei hat diese Reinigungsaktion bereits eingeleitet, in der französischen Partei ist sie auf dem jüngsten Kongreß vollzogen worden.

Da Moskau über die Kasse verfügt, ohne die die kommunistischen Parteien nirgends lebensfähig sind, war es klar, daß die Trozkiisten auch in Frankreich samt und sonders abgesetzt werden würden. Die 'Humanité', die allein in der Lage war, über den geheimen Parteitag ausführlich zu berichten, hat begeisterte Schilderungen dieser Tagung veröffentlicht, die eine entscheidende Etappe auf dem Wege zur Bolschewisierung der kommunistischen Partei Frankreichs gewesen sei.

Die ganze Geschichte ist um so komischer, wenn man bedenkt, daß die neuen Diktatoren Leute sind ohne jede politische oder s. T. mit sehr trüber Vergangenheit.

Es sind dies eine Frau, die sich Suzanne Girault nennt, das französische Gegenstück zu Ruth Fischer, nur, daß kein Mensch weiß, woher sie stammt und ob sie nicht in Wirklichkeit Rusin ist. Vor allem aber herrscht über die französische kommunistische Partei ein gewisser Traint, der ursprünglich Lehrer, sodann Hauptmann in der französischen Armee war und von dem nachgewiesen ist, daß er noch im Sommer 1920 sich darum bewarb, als französischer Instruktionsoffizier in das polnische Heer gegen Sowjetrußland einzutreten!

Es wird später eine dankbare Aufgabe für Satiriker sein, die Geschichte der Parteien der Moskauer Internationale zu schreiben. Der gesunde Menschenverstand spricht dafür, daß diese Hanswürste über kurz oder lang vollständig abgewirtschaftet haben werden.

Was das städtische Industrie-Proletariat betrifft, muß man besonders seit Kriegsende zwischen den bessergestellten gelehrten Arbeitern und den ungelerten Hülfskräften unterscheiden.

Am 1. Februar trafen sich in Staffurt die Vertreter der Arbeiterjugendvereine unseres Bezirks zu einer Bezirkskonferenz und große Scharen der Mitgliedschaft zu einem Bezirkstreffen.

Die ersten Beratungen, die in der Bezirkskonferenz gepflogen wurden, waren getragen von größter Sachlichkeit und von dem Willen zu reger Arbeit im neuen Jahr.

Während die Vertreter der Vereine in ernster Arbeit zur Beratung der Organisationsfragen beieinander waren, fanden sich die zahlreich zusammengekommenen Jugendlichen im 'Friedrichshof' zu einer Morgenfeier zusammen.

Am 2. Uhr begann dann der Umzug durch die Stadt. Tausend Jugendliche mit vielen roten und schwarzrotgoldenen Fahnen nahmen am Umzuge teil.

Über den Kampf der Jugend um ihr Recht im Arbeitsverhältnis und um Jugendchutz sprach dann in einer Rundgebung der Genosse Westphal (Berlin).

Die Tagung hatte damit ihr Ende erreicht. Im Staffurter Jugendheim fanden sich bis zur Abfahrt der einzelnen Vereine die Jungen und Mädchen zu erfrischender Unterhaltung bei Gesang und Tanz zusammen.

Die Tagung hatte damit ihr Ende erreicht. Im Staffurter Jugendheim fanden sich bis zur Abfahrt der einzelnen Vereine die Jungen und Mädchen zu erfrischender Unterhaltung bei Gesang und Tanz zusammen.

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wangleben.

Groß-Otterleben. Wichtige Funktionärskonferenz morgen (Freitag) abend 8 Uhr bei Körling. — Theaterveranstaltung am Sonntag abend 8 Uhr, ebenfalls bei Körling.

Sohndorbelben.

Offentliche Gemeindevertreter-Sitzung morgen (Freitag) abend 8 Uhr bei Steinmann.

Egeln.

Generalversammlung des Parteiverzins am Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, im 'Gesellschaftshaus' (Leute).

Stadtkreis Burg.

Kommunistische Nacht. Der Zweck heiligt die Mittel, also muß auch die Not der Erwerbslosen herhalten, damit die Kommunisten im Trüben fischen können.

Entlarvter Aufwertungschwindel.

Die Donnerstag-Sitzung des Reichstags wurde von der Sozialdemokratie zu einer vollkommenen Entlarvung des deutsch-nationalen Aufwertungschwindels benutzt.

Gestützt auf wertvolles Material und mit bernichtender Ironie zeigte der sozialdemokratische Abgeordnete Reil von der Parlamentarischen Volksliste, daß die Deutschnationalen nun nicht einmal mehr für ihre eigenen Aufwertungsanträge stimmen.

Der deutsch-nationale Redner Steinger war gegenüber den sozialdemokratischen Angriffen nahezu hilflos. Er konnte nur versichern, daß es seiner Partei eben heute noch nicht möglich sei, für ihre eigenen Anträge, die von den Sozialdemokraten aufgenommen waren, zu stimmen.

Eine auffallend sachliche und darum von der kommunistischen Fraktion, die mit ganzen sieben Mann vertreten war, teilnahmslos aufgenommene Rede hielt der Kommunist Hillein.

Der Reichsjustizminister erklärte, daß in drei Wochen ein Aufwertungsantrag vorgelegt werde. Da der Reichsfinanzminister als Reichsfinanzminister von jeher schärfster Gegner einer wirklichen Aufwertung war und der jetzige Reichsfinanzminister von Schlieben wiederholt erklärt hat, an eine Aufwertung der Anleihen sei nicht zu denken, brauchen sich die Opfer der Inflation keinen großen Erwartungen hinzugeben.

Der dem Hause vorliegende Initiativ-Gesetzentwurf betreffend Aussetzung des Verfahrens vor Gerichten und Aufwertungsstellen wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. Für die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge verlangten wir namentliche Abstimmung. Es ergab sich, daß die Deutschnationalen gegen die Teile der sozialdemokratischen Anträge stimmten, die früher von den Deutschnationalen selbst vertreten worden sind.

Sitzungsbericht.

In der Sitzung des Reichstags am Donnerstag steht ein Gesetzentwurf der Regierungsparteien zur ersten Lesung, wonach in Reichsangelegenheiten über die Aufwertung von Vermögensanlagen und Ansprüchen die Verhandlung vor Gerichten und Aufwertungsstellen auf Antrag des Gläubigers einstweilen ausgesetzt werden kann.

Abg. Wunderlich (dt.-nall.) empfiehlt die Vorlage zur raschen Annahme, damit endlich Beruhigung geschafft werde.

Abg. Reil (Soz.):

In den weiten Kreisen der deutschen Gläubiger und Sparer, die durch die Inflation entzweit worden sind, wird der jetzt zur Beratung stehende Gesetzentwurf nach allem, was vorangegangen ist, eine große Überraschung und Verwunderung hervorrufen. Auf Grund der früheren Beratungen über die Aufwertungsfrage im Reichstag und mehr noch auf Grund der Haltung der Reichsparteien im Wahlkampf sind die Gläubiger und Sparer mit weitgehenden Hoffnungen erfüllt worden.

Ankündigungen der Deutschnationalen.

Bei der letzten Reichstagsdebatte am 28. Juni 1924 über die Aufwertungsfrage gab mein Parteifreund Herr der deutsch-nationalen Fraktion den Rat, für den Fall, daß sie demnachst in die Regierung kommen sollte, doch schon im voraus einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, damit sie sofort nach der Besitzergreifung der Regierungsgewalt ihr Versprechen einlösen könne.

ein Hohngelächter auslösen wird.

Dem Akt, der sich jetzt abspielt, ist allerdings einiges vorausgegangen. Zunächst haben die Deutschnationalen den bisherigen Reichsfinanzminister Luther zum Führer ihrer Regierung ernannt, denselben Minister, der als der schärfste Gegner der Gläubiger und Sparer galt.

große Zurückhaltung der Reichsparteien,

die in gar keinem Verhältnis zu ihren großen Worten während der Wahlbewegung stand. Der einzige unter den Anträgen an den Aufwertungsaußschuß, der einen greifbaren Vorschlag enthielt, war der deutsch-nationale Antrag, der die Aufhebung der Notverordnung vom 4. Dezember 1924 verlangt.

ber Annahme ihres eignen Antrags widersteht.

(Sehr. hört, hört!) Es handelt sich bei der Verordnung vom 4. Dezember darum, daß bis zur gesetzmäßigen Regelung die Vorschriften der dritten Steuernotverordnung und der Durchführungsverordnungen dazu für die darin behandelten Gegenstände maßgebend seien. Veranlaßt wurde diese Verordnung durch Entscheidungen des Reichsgerichts und des Kammergerichts.

Deutschnationalen gegen den eignen Antrag gestimmt

und ihn damit zu Falle gebracht. (Sehr. Ruhe! hört, hört!) Die Gründe für dieses Verhalten der Deutschnationalen sind nicht ohne weiteres klar erkennbar. Die Erklärung, daß der Reichsfinanzminister auf dem Gebiete der Aufwertung nicht noch vergrößert werden solle, ist nicht schlüssig, denn der Reichsfinanzminister in München hat auch diese Verordnung wieder für ungültig erklärt.

Der Hauptgrund ist der, daß sie nicht eine Verordnung aufheben wollen, für die der gegenwärtige Reichsfinanzminister als ehemaliger Reichsfinanzminister in erster Linie die Verantwortung trägt. Dieser persönliche Grund kann uns nicht veranlassen, die Aufassung preiszugeben, daß die Verordnung

verfassungswidrig und deshalb aufzuheben

ist. Diese Auffassung kommt in einem Änderungsantrag von uns zum Ausdruck. Er bezweckt, die sachlichen Bestimmungen des deutsch-nationalen Gesetzentwurfs in das vorliegende Gesetzchen hineinzuarbeiten, damit die Ungültigkeitserklärung der Verordnung vom 4. Dezember 1924 ausgesprochen wird.

Ein halbes Jahr hat der Aufwertungsaußschuß des vorigen Reichstags ohne Ergebnis verhandelt. Im neuen Reichstag sollte es ganz anders gehen. Die Deutschnationalen haben den Gläubigern und Sparern die

Aufwertung bis zu 100 Prozent versprochen.

(Hört, hört! bei den Soz.) Die Gläubiger und Sparer warten aber noch vergebens auf den Entwurf, den Herrgott für den ersten Tag ihrer Regierungsübernahme versprochen hat.

Wir sind uns der Schwierigkeiten des Aufwertungsproblems bewußt und haben es uns deshalb nie einfassen lassen, eine hundertprozentige Aufwertung zu versprechen. Wir werden auch künftig die Grenzen des Möglichen innehalten. Wir haben es in unseren Anträgen zum Ausdruck gebracht, daß die dritte Steuernotverordnung in einer Reihe von Punkten den berechtigten Ansprüchen der Gläubiger und Sparer entgegensteht. Wir wissen aber auch, daß die Verbesserungen an das wirtschaftlich Tragbare gebunden sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir wollen unter allen Umständen verhindern, daß eine neue Inflation entsteht, die noch verhängnisvoller als die hinter uns liegende sein würde.

die Notleidenden berücksichtigen,

die armen Sparer, die ihre Ersparnisse bei den Sparklassen eingebüßt haben und weiter die ihres Vermögens beraubten sozialen Institute der deutschen Arbeiterschaft. Für die Deckung der Aufwertung öffentlicher Anleihen in den engen Grenzen des Möglichen haben wir eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die einen gangbaren Weg zeigen. Wir wünschen, daß die Mittel dazu durch Inanspruchnahme derjenigen Volksteile beschafft werden, die während der Inflation trotz des allgemeinen Verarmungsprozesses nicht verloren oder gar ihr Vermögen erheblich vergrößert haben. (Sehr. Zustimmung bei den Soz. Zurufe: Stimmt!) Wir wissen, daß die Lösung des Aufwertungsproblems mit der

Neuordnung des ganzen Steuerwesens

zusammenhängt. Aber hat denn die Regierung nicht schon Zeit genug gehabt, um die Vorarbeiten dazu zu treffen? Kaum einmal in den letzten vier bis fünf Jahren ist eine Regierung so lange durch den Reichstag unbelehrt geblieben wie die Regierung in den letzten fünf bis sechs Monaten. Trotzdem liegen weder zur Aufwertung noch zur Neugestaltung des Steuerwesens irgendwelche greifbaren Vorschläge vor. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Zusammenhänge waren auch den Deutschnationalen bekannt, als sie ihre Wahlversprechungen machten. Trotzdem haben sie den Anschein erweckt, als ob sie das fertige Rezept für die Lösung der Aufwertungsfrage in der Tasche hätten. Bitte, meine Herren, wo ist das Rezept? Wo ist nun ihr Gesetzentwurf? Sie hätten ihn hier einbringen müssen, um den Erwartungen Ihrer Wähler zu entsprechen. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.)

Das Mißtrauen in den Kreisen der Gläubiger und Sparer ist durch diese Vorgänge stark gemindert. Es wächst weiter, nachdem vor einigen Tagen auch die Spitzenverbände der deutschen Großwirtschaft in Industrie, Landwirtschaft und Handel bei dem deutsch-nationalen Reichswirtschaftsminister gegen die Aufwertungsbestimmungen Einspruch erhoben

haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Reichswirtschaftsminister hat dem Aufwertungsaußschuß nachdrücklich empfohlen, die Gegenstände der Vertreter dieser Spitzenverbände gegen jede Verbesserung der Aufwertungsverordnungen noch einmal anzuhören. Das ist als ein höchst bemerkenswertes Bild, denn dieselben Spitzenverbände, die den heftigsten Ansprüchen der Gläubiger und Sparer entgegenstehen, haben den Wächterschutz der Deutschnationalen finanziert. (Sehr. hört, hört!) Die armen Gläubiger haben bei der Wahl am 7. Dezember ihre Schuldigkeit getan. Jetzt reiten die reichen Schuldner in die Arena und mahnen ihre heiligsten Güter. Wir sind davon nicht überrascht. Schon im Juni vorigen Jahres hätten wir von den deutsch-nationalen Vertretern der deutschen Industrie, der Landwirtschaft und der andern Wirtschaftsverbände ihre Bedenken gegen die Aufwertung. Trotz alledem ist die Mehrzahl der Gläubiger

der Deutschnationalen Partei ins Garn gegangen.

Wird es die Gläubiger trösten, daß wenigstens die Wirtschaftskräfte des Ruhrgebiets mit der 700-Millionen-Spende rasch und reichlich versorgt werden wird? Mit dem Bekanntwerden dieses Skandals ist auch für die Aufwertungsfrage eine völlig neue Lage geschaffen worden.

Nun ist heute im Ausschuß versichert worden, daß in 3 Wochen ein Regierungsentwurf kommen soll. Wir werden ihn uns genau ansehen, wogu und schon die Haltung einer Anzahl deutsch-national orientierter Länderreregierungen zur Aufwertungsfrage Veranlassung gibt. In einer Aussprache mit Vertretern der Reichsregierung vor einigen Tagen haben ausgerechnet die Vertreter der deutsch-national orientierten Regierungen von Thüringen und Mecklenburg sich

gegen jede Erhöhung des Aufwertungsfußes

von 15 Prozent gemahnt. (Sehr. hört, hört!) Es wird uns weiter gesagt, daß das vorliegende Gesetzchen nur bis zum An-

trittreten des allgemeinen Aufwertungsgesetzes gelten soll. Um diesen Charakter des Zwischengesetzes festzustellen, beantragen wir, daß es spätestens am 30. April d. J. außer Kraft tritt. Wir wünschen damit einen Druck auszuüben, daß in aller Eile die endgültige Lösung des Problems herbeigeführt wird.

Im den Gläubigern wenigstens einen sichern Schutz zu gewähren, beantragen wir, daß an die Stelle der Kannvorschrift des vorliegenden Gesetzes eine Mustervorschrift kommt. Wir beantragen weiter, daß die Notverordnung vom 4. Dezember beseitigt wird. Man könnte noch weiter gehen und in das Gesetz hineinschreiben, daß in einem bestimmten, nicht zu fern liegenden Termin die ganze

dritte Steuernotverordnung außer Kraft tritt

Vielleicht treten dieser Anregung die Herren der Deutschnationalen bei. (Heiterkeit links.) Sie haben bei den letzten Wahlen sehr viel von Treu und Glauben geredet. Wenn Sie, meine Herren von der Deutschnationalen Partei, Treu und Glauben wahren wollen, dann bitte ich Sie inständigst: Stimmen Sie für Ihren eignen Antrag. (Sehr. Ruhe! Beifall.)

Abg. Sampa (Wirtsch. Vgg.) begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf und erhofft von ihm eine beruhigende Wirkung auf die kleinen Gläubiger und Sparer.

Abg. v. Nischhofen (Hannover, Dem.) hält den Zeitpunkt für eine materielle Erörterung der Aufwertungsfrage in diesem Augenblick noch nicht für gekommen. Wir bedauern die Art, wie die Deutschnationalen mit übertriebenen Aufwertungsversprechungen ihre Wahlkandidatur geübt haben.

Reichsjustizminister Prenten: Namens der Reichsregierung wiederhole ich die im Ausschuß bereits abgegebene Erklärung, daß die Reichsregierung binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes den gesetzgebenden Körperschaften zuleiten wird und daß sie auch in allen Stadien der Verhandlungen bestrebt sein wird, die Angelegenheit nach Kräften zu fördern. (Beifall.)

Abg. Schetter (Zir.) wendet sich gegen die von den Sozialdemokraten beantragte Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember 1924. Er stimmt dagegen dem demokratischen Antrag zu, der die Kann-Vorschrift in eine Mustervorschrift umzuwandeln wird.

Abg. Seiffert (Nat.-Soz.) erklärt, die Feinde der Aufwertungsfrage hätten das größte Interesse an der schnellen Annahme des vorliegenden Entwurfs.

Abg. Steiniger (dt.-nall.): Wir sehen in der Aufwertungsfrage keine Parteifrage. Dem demokratischen Antrag auf Umwandlung der Kann-Vorschrift in eine Mustervorschrift werden wir gern zustimmen, den sozialdemokratischen Antrag müssen wir gegenwärtig noch ablehnen. (Rufe b. d. Soz.: Es ist doch Ihr eigner Antrag!)

Abg. Hillein (Komm.) bezeichnet die Politik der bürgerlichen Parteien in der Aufwertungsfrage als Demagogie.

Abg. Ströbel (Soz.):

Mit der Aufwertungsfrage haben die Deutschnationalen Wahl-demagogie getrieben. Darauf hat Herr Steiniger nicht zu antworten gewußt. Er hat nur wieder gesagt, daß die Deutschnationalen gegen ihren eignen Antrag stimmen werden. Die Deutschnationalen wissen noch gar nicht, was sie wollen. Wir verlangen, daß sie endlich mit ihren Vorschlägen herauskommen, anstatt die Regierung nur unter „händelndem Druck“ zu halten.

Wir wollen die Verordnung vom 4. Dezember aufheben, weil diese Anwendung des Artikels 48 der Verfassung widerspricht und das Recht des Reichstags bedroht. Die Deutschnationalen sind auch von dieser Begründung ausgegangen, haben sie dann aber wieder fallen lassen.

Durch die Aufwertung der Hypotheken würden die Hausbesitzer nicht geschädigt werden, denn sie wägen ihre Lasten auf die Mieter ab. Es wäre also unsozial, wenn die Mittel zur Aufwertung auf diese Weise aufgebracht werden sollen. Die Mittel müssen

aufgebracht werden durch die Besitzenden

in den Reihen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Zu diesem Zwecke muß der hydraulische Druck auf diese Parteien ausgeübt werden. Der Großgrundbesitz und die Erhöhung der Vermögenssteuer.

Damit schließt die erste Beratung.

Die Heuschler müssen Farbe bekennen.

In der zweiten Beratung stellen die Sozialdemokraten den vor längerer Zeit von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag auf Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember zur namentlichen Abstimmung. Diese Verordnung erklärt die dritte Steuernotverordnung mit ihren Ausführungsbestimmungen für rechtsgültig auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Der Aufhebungsantrag wird mit 235 gegen 144 Stimmen abgelehnt.

Dagegen stimmen auch die Deutschnationalen.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Der Gesetzentwurf wird dann angenommen mit der von den Demokraten beantragten Umwandlung der Kann-Vorschrift in eine Mustervorschrift. Das Gesetz soll bis zum 30. April d. J. gelten.

Gegen 15 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Einzelberatung des Staats des Arbeitsministeriums.

Handlanger des „Ordnungs“blocks.

Die Arbeiterregierung Thüringens hat einer Regierung des bürgerlichen „Ordnungs“blocks weichen müssen. Mit der „sozialdemokratischen Mißwirtschaft“ sollte nun aufgeräumt werden. Man verstand darunter, Ehrenmänner zu verleumben, Anklagen gegen sie zu erheben auf Grund haltloser, hinterhältiger Verdächtigungen, Minister Fröck und andre sozialdemokratische Amtspersonen wie Schwerverbrecher auf offener Straße zu verhaften. Böllig schuldlos, wie die Gerichte später feststellen mußten.

Die Regierung bediente sich bei dieser Staatsaktion der traurigsten Elemente. Wie ihre Handlanger aussehen, enthielt der sozialdemokratische Abgeordnete Kieß gelegentlich einer kommunistischen Großen Anfrage im Thüringischen Landtag über die Maßnahmen der Polizei gegen die kommunistische Partei.

Die Rede des Abgeordneten Kieß wurde zu einer derben Abrechnung mit der Regierung, ihren Helfern und auch mit den indirekten Helfern, den Kommunisten. Er forderte Aufklärung über einen von den Kommunisten vorgetragenen skandalösen Vorgang, wo eine Frau sich auf einer Polizeiwache in Gera in Gegenwart von fünf Polizeibeamten böllig entkleiden mußte, und schließlich sogar durch eine hinzugeholte Sanitätsfrau die Geschlechtssteile untersucht wurden. Alles im Beisein der fünf Polizeibeamten. Kieß bedachte ferner die reaktionäre Einstellung des Ministers Sattler gegen streikende Arbeiter auf und nannte ihn einen brutalen Unternehmerrundstus. Dann arbeitete er die Willkür des Leiters

des Landesstrafkammerpräsidenten, Oberregierungsrats
Nitsch, der ein Symbol für den „Ordnungsblock“ sei.
Kedner führte aus:

Wer ist dieser Nitsch?

In einer Dienststrafsache ist durch die sächsische Kriminal-
polizei eine Reihe von Vernehmungen vorgenommen worden.
Es lagen amtlich aus: Oberregierungsrat Dr. Stelzner in
Dresden: „Nitsch ist, das Nitsch gern seine Person in den Vor-
dergrund schob und es gern sah, wenn er in der Presse erwähnt
wurde. In der gegnerischen Presse und in Beamtenkreisen wurde
nur von „Ezzellenz“ Nitsch gesprochen. Er stellte seine mitarbeit-
enden Beamten gern in den Schatten. Als ich versuchte, Einblick
in seine Personalakten zu bekommen, versuchte dies Nitsch zu ver-
wehren.“

Regierungsrat v. Criegern (Leipzig) sagt aus:

„Nitsch hat seinen Vater verlegt.“

(Hört, hört!) Bewegung im ganzen Hause. Überraschung auf
den Ministerbänken.) Nitsch wurde beim Weggang in den Zeit-
ungen über alle Maßen gelobt und machte man sich hierüber
lustig.“

Kriminalrat Fischer (Leipzig) sagt aus: „Nitsch verstand
es, sich mit einem gewissen Glorienzweigen zu umgeben. Er schob
sich über seine Familie aus und gab seinen Vater als Major aus.
Nitsch war ein großer Amtam-Schläger und ließ viel in der
Presse von sich hören. Er stand mit den „Leipziger Neuesten
Nachrichten“ in steter Verbindung. Nitsch verstand es, Straffälle,
die Aussicht auf Erfolg boten, an sich zu reißen.“

Kriminalkommissar Adermann (Leipzig) sagt aus:
„Ich sah feinerzeit mit Nitsch zusammen in einem Dienstzimmer.
Eines Tages kam ein besser gekleideter Herr und unterhielt sich
mit Nitsch. Beide kamen auf Offizier- und Familienverhältnisse
zu sprechen, wobei Nitsch äußerte: „Ich bin auch Offizier und
stamme aus einer alten Offiziersfamilie. Mein Vater war
Major.“

Der Vater ist aber Portier.

(Starke Bewegung im ganzen Hause und auf den Ministerbänken.)
Was für eine dienstliche Vergangenheit hat nun Nitsch?
Er ist mit 300 Mark und Verweis bestraft worden, weil er
einen Aufnahmehelfer, der sein Ansehen bei Dolmetscher-
büchern sowie Polizeibeamten aufs schwerste schädigen mußte.
Nitsch hatte in heftigstem Zustand als Polizei-
kommissar einen Streit mit dem Publikum angefangen und kann
von Polizeibeamten verlangt, gegen das Publikum vor-
zugehen. Als sich die Polizeibeamten weigerten, behandelte
Nitsch dieselben in der ungehörigsten Weise. (Hört, hört!) Abg.
Küfer springt auf und ruft erregt: „Wenn das wahr ist, kann
man nur mit dem Kopfe schütteln.“ Nitsch ist weiter bestraft,
weil er einen Gefangenen drei Tage lang

in der Gefängniszelle an die Wand geschlossen

hatte, und sagt das Polizeiamt Leipzig, daß dieser Vorfall zur
sofortigen Entlassung genüge. Weiter ist er bestraft, weil er einen
Gefangenen in das Gesicht geschlagen hat.

Dieser Mann, der gegen links wütet, geht zu dem von ihm
bekämpften und von Sattler verfolgten Regierungsrat Wörz
und sagt:

Herr Wörz, Sie sind der einzige anständige Charakter im
Innenministerium, ich weiß, Sie haben großen Einfluß bei Mi-
nister Herrmann und Ministerialdirektor Brill. Ich bitte
Sie dringend, machen Sie Ihren ganzen Einfluß geltend, daß
ich nicht entlassen werde.

Dies war vor Eingang der Reichswehr, als gegen
Nitsch verschiedene Untersuchungen schwebten. Einige Wochen
später, als die Reichswehr einmarschierte, machte Nitsch gegen
Wörz eine Anzeige beim General Hoffe und beschuldigte ihn
in der schwersten Weise. Die Akten liegen seit 5. Mai beim
Innenministerium, obwohl der Staatsanwalt in Rudolstadt das Ver-
fahren einstellen will. Beweis: Schreiben der Staatsanwaltschaft
Rudolstadt. (Ungehöriger Lärm im ganzen Hause.)

Abgeordneter Nieß klopfte das trübe Kapitel Nitsch mit
den Worten: Dieser Mann hat das Schicksal vieler Familien
auf dem Gewissen. Nitsch ist ein Mann, dessen Ver-
halten mit parlamentarischen Ausdrücken nicht ausreichend
gekennzeichnet werden kann, aber er ist mir nicht wert, daß
ich mir um seinetwillen auch nur einen Ordnungsruf zu-
ziehe.

Nitsch wird die kommunistische Partei nicht kaputt-
machen; das bejagen die Kommunisten unter sich selbst. Es
ist zweifelhaft, ob politische Mittel gegen ihre Bestrebun-
gen überhaupt noch eingesetzt zu werden brauchen.

Der „Ordnungsblock“ in Thüringen kann stolz sein auf
solche Handlanger. —

„Rücksichtslos und brutal.“

Die Kommunisten propagieren die Errichtung einer
Arbeiter- und Bauernregierung, die über ein
Deutschland nach russischem Muster herrschen soll. Das
wennen sie die Diktatur des Proletariats. Denn der Klein-
bauer — meinen die Kommunisten — gehört ebenfalls zum
Proletariat.

Wie reiß nun die deutschen Bauern für den Sozialis-
mus hin, zeigt eine Tagung des Deutschen Bauern-
bundes, die am Montag in Berlin begann. Dort waren
die Vertreter der Klein- und Mittelbauern, die Minister der
zukünftigen kommunistischen Arbeiter- und Bauernregie-
rung zusammen und offenbarten ihr Gemeinheitsgefühl.
Es heißt in einem Tagungsbericht, den wir in der „Ver-
linter Volkszeitung“ finden:

Der Vorsitzende, Landwirt Schmidt, begrüßte
die Vertreter der Deutschen Bauern, der Demokraten und
der Reichsbäuerlichen Vereinigung. Der angelegte Vertreter des
Jenners sei leider verhindert. Er begrüßte weiter die alten
Genossen, die auch hier, die zum ersten Male hierher gekommen
seien, um zu hören, was der Deutsche Bauernbund wolle. Der
Deutsche Bauernbund treibe Interessentenpoli-
tik, kämpfe um materielle Ziele mit Rücksichts-
losigkeit, mit Brutalität.

Rücksichtslos brutale Ausbeutung der städtischen Kon-
sumenten, der Angestellten und Arbeiter, das ist das höchste
und einzige Ziel des Bauernbundes. Der Landwirt Schmidt-
hals sagt hier kurz und bündig, was eigentlich jedes poli-
tische Kind in Deutschland wissen müßte. Nur die Kommuni-
sten wissen es nicht. Sie wollen mit diesen „proletarischen
Bauern“ in gemeinsamer Regierung sozialistische Politik
treiben. Und um sich die Gnade dieser Bauern zu gewinnen,
haben die Kommunisten in ihren Gothaer Agita-
tionsforderungen auch die Aufunterstützung der
Kleinbauern durch allerlei finanzielle Hilfe aufgeführt.

Wir glauben, der Deutsche Bauernbund setzt auch ohne
kommunistische Hilfe seine Ausbeutungspläne durch. Er
fordert in einer ebenfalls auf dieser Tagung angenommene
Entschließung die Verabschiedung eines Zolitarifs mit
ausreichenden Schutzöllen, um die Schröpfung der
Verbraucher noch gründlicher vornehmen zu können. Für-
wahr, das Reifezeugnis für die Arbeiter- und Bauernregie-
rung! Wir gratulieren den Totengräbern zu dieser
Bundeszweckerschaft. —

Reichs-Bildungsfragen.

In der Mittwochsitzung des Bildungsausschusses
des Reichstags kündigte Staatssekretär Schulz folgende Ge-
setzentwürfe der Reichsregierung an: einen Gesetzentwurf zur Ver-
einfachung der Schul- und Schulpflicht, eine Novelle zur
Abänderung des Lichtspielgesetzes, einen Gesetzentwurf zum Schutze
der Jugendlichen bei Lustbarkeiten und das Reichsbühnengesetz,
das die Förderung der Gemeinnützigkeit im Theaterwesen an-
strebt.

Im übrigen empfahl der Ausschuss eine Eingabe des Kon-
gresses für Blinde und Taubstumme, die ein Reichsschulgesetz
zur Beihilfe der blinden Kinder fordert, der Reichs-
regierung einstimmig zur Berücksichtigung. Außerdem wurde
dem Bund der Antrag gegeben, möglichst bald ein Gesetz zur Neu-
ordnung der Lehrerbildung einzubringen. Staatssekretär
Schulz stellte ein solches Gesetz erst für die Zeit nach der Erledi-
gung des Finanzausgleichsgesetzes in Aussicht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat
einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Lehrerbildung ein-
gebracht. —

Beleidigungen und Verleumdungen.

In der Berliner Linkspresse wird das Urteil gegen
Kroner allgemein als Fehlurteil betrachtet. In der
Begründung dieser Feststellung erinnert das „Berliner
Tageblatt“ an folgende Tatsachen:

Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb einmal
von dem preussischen Ministerpräsidenten:

Cris Braun, der Mann mit der tiefen Nase, in der
die Taufendmarksteine der doppelten Aufwendung knistern.

Das Gericht stellte fest, daß dem höchsten preussischen
Staatsbeamten ohne jeden Grund der Vorwurf der unan-
ständigen und unehrenhaften Vereinerung gemacht war.
Der Verleumder wurde zu 600 Papiermark verurteilt.

Ein Leutnant der Reichswehr hatte vor ver-
samelter Mannschaft behauptet, Frau Ebert und
Frau Noke hätten das Silberzeug der kaiserlichen Nacht
„Hohenollern“ gestohlen und unter sich geteilt. Treffen
wollte man die Männer der verleumdeten Frauen, den
Reichspräsidenten und den damaligen Reichswehrminister.
Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis, das
Gericht erkannte auf 500 Papiermark Geldstrafe.

Ein Auktionator in Oranienburg behauptete, der
Reichspräsident Ebert habe Güter erworben und dauernd
in die eigne Tasche gearbeitet. Das Schöffengericht Ora-
nienburg „bestrafte“ den Verleumder mit 50 Mark.

Die „Boschische Zeitung“ schreibt: Der gestrige Tag
war ein neuer Beweis für die Verwirrung, die weite
Teile uneres Reichstages ergriffen hat. —

Scheidemann ausgemietet.

Die Hejzagd gegen Sozialdemokraten in öffentlichen
Aemtern treibt sonderbare Blüten. Jetzt hat es die Kasseler
Reaktion sogar fertig gebracht, den Oberbürgermeister
Scheidemann aus seiner Wohnung zu vertreiben. Er muß sie
laut Verbot des Kasseler Landgerichts, das seinen Ein-
spruch gegen eine vor kurzem erfolgte Kündigung zu entscheiden
hatte, am 1. März d. J. räumen.

Scheidemann hatte bei seinem Amtsantritt in Kassel die von
seinem Amtsvorgänger bewohnte Wohnung bezogen. Da eine
Einigung über die Höhe des Mietzinses mit dem damaligen
Eigentümer nicht zustande kam, war der Abschluß eines privaten
Mietvertrags nicht möglich, und der Magistrat beantragte beim
Mietvermittlungsamt, den Mietvertrag zwangsweise fest-
zusetzen und die für das Haus zu zahlende Vergütung zu be-
stimmen. Da die Parteien an sich über die Herausgabe des Haus-
es einig waren, hielt es der damalige Vorsitzende des Mietver-
mittlungsamtes an sich für unnötig, den Abschluß eines Zwangs-
mietvertrags ausdrücklich festzusetzen und jetzt in seinem Urteil
nur die Höhe der allein noch fälligen Vergütung fest-
zusetzen.

Kaiser (Zwangsmieter des Hauses) war also der Magistrat,
der feinerzeit das Oberbürgermeister Scheidemann vertrieben,
während im Erdgeschoß ein städtisches Bureau unterge-
bracht wurde. An der Rechtsgültigkeit des Mietvertrags
Magistrat-Scheidemann besteht kein Zweifel. Inzwischen war
das Haus auf den jetzigen Eigentümer, Oberingenieur
Delion, übergegangen, der sofort versuchte, Scheidemann aus
dem Hause zu verdrängen.

Mehrere im Laufe dieser Jahre erfolgte Anträge Delions
beim Mietvermittlungsamt auf Erlaubnis zur Kündigung wurden
abgelehnt. Ein Versuch Delions, den Garten des Hauses zu be-
bauen, um auf diese Weise den Oberbürgermeister aus dem
Hause herauszuwerfen, kam gleichfalls nicht zur Ausführung.
Erst, nachdem durch das neue Mieterrecht die Entscheidung
derartiger Streitigkeiten auf die ordentlichen Gerichte
übergegangen ist, sah der hartnäckige Hauseigentümer seine jahrel-
angen Bemühungen von Erfolg gekrönt. Am 1. Oktober v. J.
mußte der Magistrat auf Grund des erstinstanzlichen Urteils die
städtischen Bureau im Erdgeschoß räumen. Sie stehen
seitdem leer, obwohl Tausende kein Dach über dem Kopf haben.

Am 1. März muß nun auch der Oberbürgermeister Schei-
demann mit einem Familienstand von sechs Personen das
Obergeschoß räumen. Kann die Reaktion den Verdrängen
nicht zur Strecke bringen, so will sie wenigstens durch schäbige
Madelstichpolitik ihr Mütchen an ihm kühlen. Das Urteil selbst
wird von unserm Kasseler Parteiblatt als eine Blüte der Justiz
bezeichnet. —

Die Angst vor der Trockenlegung.

Dem Bevölkerungspolitischen Ausschuss des
Reichstags lag am Donnerstag ein sozialdemokratischer An-
trag vor, der die Reichsregierung auffordert, das Schank-
stättengesetz auch dem neuen Reichstag vorzulegen. Der
Gesetzentwurf war bereits im Jahre 1923 vorgelegt, kam aber
infolge der Reichstagsauflösung nicht mehr zur Verabschiedung.

Das Schankstättengesetz wird seit Jahren von den Alkohol-
Interessenten und den Alkoholgegnern heiß umstritten. Auch in
der Sitzung des Reichstagsausschusses pläzierten die Gegenläu-
fer aufeinander. Nur die sozialdemokratische und
kommunistische Vertretung sprach sich einmütig für die
balbige Vorlage des Gesetzentwurfs aus.

Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die Reichsregierung
erst Erhebungen über die Wirkung der Prohibition in Amerika
anstellen müsse. Die Sozialdemokraten Luise Schroeder und
Sollmann verlangten die schließliche Vorlage des Gesetzent-
wurfs, der mit Prohibition (Trockenlegung) gar nichts zu tun
habe. Zwischen dem Deutschnationalen Wubjahn und
dem Wirtschaftsparteiler Strauß auf der einen und den sozial-
demokratischen Rednern, die unterstützt wurden von Lüders
(Dem.), Straßmann (Dtn.) und Wiska (Srv.) entspann sich ein
heißes Wortgefecht für und wider das Gesetz. Diese Aussprache
ließ schon erkennen, wie heftige Gegensätze die Alkoholfrage noch
aufwerfen wird.

Bemerkenswert war ein Wort des Pfarrers Wiska, daß
in einem Dorf ein guter Gastwirt manchmal mehr
Segen stiften könnte, als Pfarrer und Lehrer zusammen. Aber
keiner gäbe es nicht lauter gute Gastwirte. Die sozialdemokra-
tischen Redner erinnerten daran, daß die neue Reichsregierung
feierlich sich auf Christentum und Sittlichkeit verpflichtet habe.
Jetzt aber, bei der ersten Gelegenheit, an ein kulturelles Problem
von höchster Sittlichkeit heranzutreten, zeige sich das Verjagen
dieser Regierung. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Reichsarbeiter-Lohnverhandlungen.

Die Reichsregierung hat am 24. Dezember die Tarifver-
träge für die Betriebs- und Verwaltungsarbeiter gekündigt.
Im Laufe der letzten Wochen haben mit den beteiligten Organi-
sationen im Reichsfinanzministerium bereits Verhandlungen
stattgefunden, die den Abschluß eines neuen Tarifvertrags zum
Zweck hatten. Die von der Regierung den Organisationen vor-
gelegten Abänderungsvorschläge wiesen jedoch gegenüber dem
bisherigen Zustand, besonders in der Urlaubsgemährung, in der
Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen wesentliche Verschlechte-
rungen auf.

Auch in der Arbeitszeitfrage soll es bei der jetzt
geltenden neunstündigen täglichen bzw. 54stündigen Wochen-
arbeitszeit bleiben. Wohl ist es den Arbeitnehmervertretern ge-
lungen, gegenüber den Regierungsvorschlägen einige Verbesse-
rungen zu erzielen. Ein endgültiges Ergebnis ist aber noch
nicht zustande gekommen. Beide Teile betrachten das bis jetzt
erzielte Verhandlungsergebnis als vorläufige Lösung. Die
Arbeitnehmervertreter haben sich vorbehalten, das bis jetzt er-
reichte Ergebnis ihren Verbändsverbänden zur weiteren Ver-
schärfung vorzulegen.

Die Verhandlungen werden voraussichtlich in der nächsten
Woche weitergeführt. Ob es auf dem Verhandlungswege zu
einer endgültigen Vereinbarung und zu einem neuen Abschluß
des Tarifvertrags kommen wird, ist nach der Einstellung der
Regierung sehr fraglich, vorausgesetzt, daß nicht noch in letzter
Stunde im Finanzministerium die nötige Einigkeit Wack greift.
Man will die Arbeiter in ihrer sozialen Stellung wieder in die
Zeit der Vorkriegsjahre zurückwerfen. Die Organisationen wer-
den dafür Sorge tragen, daß das nicht geschieht. —

Die Lohnbewegung der Eisenbahner. Kommenden Dienst-
tag, am 10. Februar, werden die Organisationen der Reichseisen-
bahner ihre Wünsche und Forderungen für die weitere Gestal-
tung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Verwaltung der
Reichseisenbahn vorbringen. Daran werden sich die Verhandlung-
gen anschließen. —

Schiedspruch im Ruhrbergbau. Unter dem Vorsitz des
Reichs- und Staatskommissars Neßlich und unter Teilnahme von
Vertretern des Handelsministeriums und des Oberbergamts fan-
den in Essen die Arbeitszeitverhandlungen im
Ruhrbergbau statt. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, kam
es zu einem Schiedspruch mit wechselnden Mehrheiten, der das
bisherige Abkommen mit einigen Abänderungen verlängert. Die
Arbeitszeit in Koksereien soll am 1. März bereits acht Stunden be-
tragen, nicht, wie in der Verordnung des Reichsarbeitsmini-
steriums vorgesehen ist, ab 1. April. —

Eine bekannte Autorität,

Leber eines hyp. Individu, stellt fest:

„Dadurch ist es unter Zahlreichen des Schlotter-
schlotter, eine weitere zu Zucker wozuplatz bis
75 Prozent zu sparen. Aber auch eine Verminderung
des Zuckers bis zu 80 und mehr Prozent ist möglich.“

Ein Versuch überzeugt. Ueberall zu haben.

Leder-Ausschnitt

Gruppen und Säulen
Gust. Hoffmeister, 21.
Gießel, gest. 21.

Wildschwein
im Auszug
falle frischer-Lieferungen
Brathühner, Tauben.
H. Herrmann Koch, 21.
Koch, 21.

Auch Sie

müssen die einzige
sozialistische Wochen-
schrift

Die Glocke
lesen. Verlangen Sie
sicher die Sozial-
demokratische Wochen-
schrift von Herrn
Scheidemann.

Die vorschriftsmäßigen

Reichsbanner-Windjacken

finden Sie in meinen Fenstern
11.50 12.50 16.00 18.50
Einkleidung ganzer Ortsgruppen
Ehrenfried Finke
Breiter Weg 125/126.

